

critica

Zeitung von Die Linke.SDS
(Sozialistisch-Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 32 / 2024



Ein Europa der Waffen und Profite

Wie wir Widerstand gegen Rechts aufbauen **S. 2-3**

Festung Europa

Wie sich die EU
die Finger schmutzig macht

S. 5

Für Frieden und Klima

Interviews mit Carola Rackete
und Özlem Alev Demirel

S. 16 & 18

Antifa SoSe

Widerstand gegen Rechts
an der Uni organisieren

S. 20

Inhaltsverzeichnis

- S. 4 Frieden und Freiheit dem Kapital
- S. 5 Die Festung Europa und ihre neue alte Abschottungspolitik
- S. 6 Der Aufstieg der Rechten in Europa: Vom Neoliberalismus und rechten Kulturkampf
- S. 7 Ein Europa für alle statt für Finanzhaie!
- S. 8 Das Bestehende verteidigen, um darüber hinaus zu gehen. – Interview mit Sebastian Friedrich
- S. 9 Gegenmacht aufbauen – mit der Linken
- S. 10 Wissenschaft für Alle heißt Wissenschaft mit Allen!
- S. 11-14 Berichte über antifaschistische Praxis in Europa
- S. 15 Sie sprechen von »Nie Wieder« und wollen den Krieg – 25 Jahre NATO Angriff auf Jugoslawien
- S. 16 Bewegung ins Parlament bringen – Interview mit Carola Rackete
- S. 17 Nahverkehr auf Links drehen
- S. 18 »Man bereitet sich auf neue Kriege vor« – Interview mit Özlem Alev Demirel
- S. 19 Kriegstüchtig? – Friedensfähig!
- S. 20 Wir holen den Antifaschistischen Sommer an die Unis!
- S. 21 Solidarität mit Palästina ist kein Antisemitismus
- S. 22-23 Rezensionen



Folgt uns auf
Instagram & Twitter:
@critica_zeitung
www.critica-zeitung.de

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS
Nr. 32/2024, Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Redaktion: Ari Alba Marquez, Merlon Blefmann, Jonathan Beullens, Viki Dickel, Sally Ehlers, Johanna Fankel, Kilian Fürstenaun, Lena Glöckner, Luca Groß, Josina Heidele, Shirin Jamila, Maxi Kisters, Lea Klingberg, Nadine Kramer, Ronja Kunz, Hanne Lingnau, Malena Moog, Nam Duy Nguyen, Hana Qetina, Julius Paul, Benni Roth, Lena-Johanna Schmidt, Jonas Schwarz, Jessica Sommer, Nathalie Steinert, Silvie Strauß, Salvatore Tamburello

Layout: Pia Chwalczyk

Illustrationen: Pia Chwalczyk

Cover: Pia Chwalczyk

Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2,
17034 Neubrandenburg

VisdP: Nathalie Steinert,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Anzeigen und Bestellungen:

critica@linke-sds.org

www.linke-sds.org

ISSN 2751-9902

Alle gehen nach Rechts – Was tun?

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat die AfD kaum Dämpfer einstecken müssen – ihre Umfragewerte liegen aktuell bei circa 20 Prozent – und das obwohl, oder gerade weil sich der rechtsextreme Flügel immer stärker durchsetzt. In europäischen Ländern wie Portugal, Italien, den Niederlanden oder Schweden sieht es ähnlich aus. Rechtsnationale Parteien sind immer weiter auf dem Vormarsch oder stellen schon die Regierungen. Was ist unsere Strategie gegen ein rechtes Europa?

Die im Januar dieses Jahres veröffentlichte *Correctiv*-Recherche, berichtete von einem Geheimtreffen führender AfD-Politiker*innen, Neonazis und Unternehmer*innen, bei dem Abschiebepläne für Asylsuchende, Menschen mit Bleiberecht in Deutschland sowie Bürger*innen mit Migrationsgeschichte ausgearbeitet wurden. Der Schrecken in der Bevölkerung war groß – über Wochen gingen Millionen von Menschen bundesweit auf die Straße, um gegen die AfD und den Rechtsruck zu demonstrieren.

Diese Enthüllung war dabei keine Überraschung: Die AfD befindet sich seit Jahren in einer Radikalisierungsschleife – der Einfluss verfassungsfeindlicher Strömungen und unmissverständlich rechtsextremer Propaganda nimmt immer weiter zu; weite Teile der AfD werden vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. Trotzdem steigen die Umfragewerte der Partei stetig an, in Sachsen, Thüringen und Brandenburg könnte sie bei diesjährigen Landtagswahlen stärkste Kraft werden (siehe auch S. 8-9).

Eine Partei fürs Kapital

Die Politik der AfD funktioniert nach dem Prinzip der »exklusiven Solidarität«: Konflikte zwischen oben und unten werden in ein »Unser Volk versus fremde Kulturen« umgedeutet und damit die Dimension der Klassenunterschiede systematisch verschleiert. Sie inszeniert sich als Partei der kleinen Leute, während sie gleichzeitig ihren kapitalen Unterstützern verspricht, die Militarisierung und den Sozialabbau noch weiter auf die Spitze zu treiben, falls sie selbst an die Macht kommt. Es soll vermehrt abgeschoben werden, »der kulturelle Raum Europa muss geschützt werden«. So wird beispielsweise die Ablehnung von Migrant*innen und Geflüchteten zur Grundlage für die Unterstützung der autoritär-populistischen Politik. Parallel dazu, soll auch der Fortbestand des globalen Kapitalismus gesichert werden.

Abschottung, verstärkte Sicherheitspolitik, Aufrüstung und Remigration sind alles Versuche die Strukturwidersprüche des kapitalistischen Systems zu regulieren, indem die Folgen der neokolonialen Ausbeu-

tung externalisiert werden (S. 5). Das System verstärkt die Fluchtursachen dabei immer weiter: unbewohnbare Landstriche und begrenzte Ressourcen durch die Klimakrise werden zu mehr Konfrontationen und Kriegen führen, Menschen werden vermehrt fliehen müssen oder werden vertrieben. Das kalkulierte Sterbenlassen der EU an den Außengrenzen wird Flucht und Migration nicht verhindern.

Austeritätspolitik als Nährboden für die Rechten

Doch rassistische Polemik und Politik ist kein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Auch die etablierten Parteien von Union bis Grünen leisten ihren Beitrag zum fortschreitenden Rechtsruck. Headlines wie »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben!« kommen vom SPD-Kanzler und nicht etwa von Björn Höcke. Die Migrant*innen seien schuld, wenn man beim Zahnarzt keinen Termin bekommt, nicht der Sozialabbau. Und »um dem Sozialbetrug ein Ende zu bereiten, müssen Bezahlkarten für Geflüchtete eingeführt werden«, was einer rassistischen Kontrolle gleich-



Illustration: Pia Chwalczyk

kommt. Solche Stigmatisierungen und Falschaussagen, nehmen der AfD nicht den Wind aus den Segeln, sondern treiben die Spaltung der Gesellschaft und den rassistischen Hass nur weiter voran.

Die Politik der Ampel-Regierung bietet den perfekten Nährboden für den Aufstieg der Rechten: Wo Investitionen in Bildung und Soziales getätigt werden müssten, hält die Ampel an der Schuldenbremse fest. Parallel werden 100 Milliarden für Militarisierung locker gemacht. Es gibt weder einen Mindestlohn von 14 Euro noch ein Klimageld, die Kindergrundsicherung wurde unter das absolute Minimum abgespeckt. Darüber hinaus geht die Ampel ebenso wie ihre Vorgängerregierungen Krisen wie den Klimawandel (und daraus resultierende Migration) nicht offensiv und mit Fokus auf soziale Gerechtigkeit an, stattdessen macht sie weiterhin Politik für Großverdiener (S. 6). Dadurch wird die soziale Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung verfestigt. Die Ampel macht keinerlei Politik für Niedriglohnbeschäftigte und treibt so die Wähler*innen in die Arme der AfD.

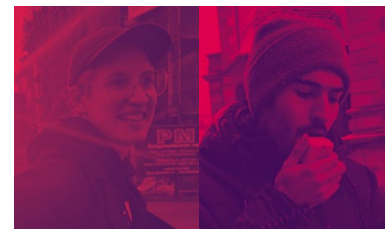
Keine Brandmauer in Europa

Doch nicht nur in der Bundesrepublik sind die Rechten stark, auch in anderen europäischen Ländern gewinnen sie immer weiter an Einfluss oder stellen bereits Regierungen. Das wird sich massiv auf die diesjährige Wahl des Europaparlaments auswirken. Das liberal-konservative Bild der EU als »Friedens- und Fortschrittsprojekt« (S. 4) gerät schnell ins Wanken, bedenkt man die aktuelle Rolle der EU in Energie- und Migrationspolitik. Die Innenansichten von Carola Rackete und Özlem Alev Demirel, beide Kandidatinnen der Linken fürs Europaparlament, zeigen, welche Interessen die EU in Wahrheit leiten, wie auch hier Militarisierung und Sozialabbau vorangetrieben werden und welche Lösungsansätze es auf parlamentarischer Ebene gibt (S. 16 und 19). Welchen Einfluss der Rechtsruck auf den politischen Aktivismus auf den Straßen, in den Vereinen, Gewerkschaften und Hochschulen hat, berichten Genoss*innen aus Griechenland, Italien, Katalonien, der Türkei und Polen (S. 11-14).

Militarisierung, Sozialabbau und Re-

pressionen begleiten auch die Lage an den Hochschulen. Deutlich zeigt sich dies an den aktuell stattfindenden medialen und juristischen Angriffen gegen palästinasolidarische Studierende und Wissenschaftler*innen (S. 21) sowie an den Versuchen der herrschenden Politik, die Hochschulen für die Aufrüstung und Kriegserüchtigung der Gesellschaft in Dienst zu nehmen. Die grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit wird dabei vollends ihres eigentlichen Sinns entleert (S. 10), und stattdessen etwa von der Bildungsministerin Stark-Watzinger zur vaterlandstreuen »Freiheit zur Verantwortung« umgedeutet. Vielerorts geraten die in Satzungen verankerten Zivilklauseln zur Verpflichtung auf friedliche Forschung und Lehre in Gefahr, teilweise wurden sie bereits abgeschafft. Historisch betrachtet spielen Studierende eine entscheidende Rolle bei der Ausbildung eines aktivistischen Milieus, das antifaschistische Bewegungen vorantreibt. Der fortwährende Aufstieg der AfD macht es notwendig, diese Rolle wieder aufleben zu lassen. Studierende an den Universitäten, die den Aufstieg der AfD nicht hinnehmen wollen, können als Sammelpunkt für einen organi-

sierten Widerstand dienen. Unsere Strategie als SDS für diesen Widerstand beinhaltet, einerseits Massenaktionen gegen rechtes Gedankengut auf dem Campus und in der Politik, andererseits eine soziale Alternative gegen die Spar- und Finanzpolitik der Ampel, die schließlich den Weg für den Aufstieg der AfD bereitet (S. 8). Der Protest gegen die AfD darf aber nicht nur dazu dienen, den Status quo aufrechtzuerhalten, sondern muss darüber hinaus auf eine sozialistische Alternative hinarbeiten. Antifaschismus muss ein Teil des Kampfes um eine befreite und klassenlose Gesellschaft sein! ★



Ronja ist seit neuestem Master of Science und will am liebsten gar nicht herausfinden müssen, was wir an Stelle unserer Großeltern getan hätten. Seit einem Jahr hat sie die Redaktionsstelle der critica inne. Luca studiert Soziologie und Geschichte in Frankfurt.

Frieden und Freiheit dem Kapital

Die EU ist das Fortschrittsprojekt schlechthin, selbst mit dem Friedensnobelpreis wurde sie ausgezeichnet. Tatsächlich dient sie in erster Linie dem Kapital.



Foto: CC Karl-Reiner Engels

Mehr als 23.000 Tote an den Außengrenzen der EU seit 2000 machen das Posieren mit blauen Europa-Hoodies Jahr für Jahr scheinheiliger. Dennoch gehört dies von Junger Union bis Jusos zum guten Ton, schließlich ermöglicht die EU das Erasmus-Semester in Rom und schaffte die Roaming-Gebühren ab.

Dabei fing das Projekt EU löblich an. Nach dem Sieg der Alliierten über Nazi-Deutschland sollte die Bundesrepublik wieder wirtschaftlich aufgebaut werden. Vorsorglich antifaschistisch wurden militärstrategisch zentrale Güter einer supranationalen Verwaltung untergeordnet: Kohle- und Stahl-Markt wurden einer gemeinsamen Behörde unterstellt, was der Bundesrepublik Vertrauen einbrachte. Sie wurde wieder geopolitisch eingegliedert und somit 1955 in die NATO aufgenommen. Aus diesem Umstand schöpft die EU bis heute ihre Charakterisierung als Friedensprojekt. Schon damals sollte sie jedoch einen starken Gegenpol zur Sowjetunion bilden. Der westliche Antifaschismus sollte dem sozialistischen Modell in nichts nachstehen.

Verschärfung bestehender Ungleichheiten

Das Projekt glückte und wurde fortwährend ausgeweitet. Innereuropäische Zölle wurden ab- und ein gemeinsamer Außenzoll aufgebaut.

Dazu kamen eine gemeinsame Währungsunion und politische Institutionen mit Kompetenz über nationale Gesetzgebung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stieß die EU in die vormals sozialistischen Länder vor und »integrierte« diese in die Binnenwirtschaft Europas. Große Volkswirtschaften wie Deutschland wurden gewinnbringend zu »Exportweltmeistern«, während kaum andere europäische Länder, geschweige denn Länder des globalen Südens, mithalten konnten. Heute werden auf EU-Ebene stärkere Militärkooperationen eingegangen, um diese Interessen auch weiterhin durchzusetzen (S. 18).

Vor allem zu Krisenzeiten prägte und prägt sich die Tendenz der Hegemonialstellung Deutschlands aus. 2007 geriet der Euro und damit die Währungsunion in eine Krise - das Sorgenkind war hier vor allem Griechenland, später folgten unter anderem Spanien, Portugal und Italien. Alexis Tsipras, der damalige Ministerpräsident Griechenlands, bezeichnete das Land treffenderweise als das »erste Opfer des Neoliberalismus«. Die Ursache war zwar die globale Wirtschaftskrise, doch zeigten sich nun in aller Deutlichkeit die Probleme des Mechanismus der Wirtschaftsordnung an sich: Bestehende Ungleichheiten in der Eurozone verschärften sich immer weiter.

Aufgezwungene Austeritätspolitik

Zu Beginn der Staatsschuldenkrise bereiteten die EU-Partner einen Hilfskredit vor, der ursprünglich nach einer Volksabstimmung angenommen werden sollte. Auf Druck von Deutschland und Frankreich musste Griechenland die Kreditbedingungen abstimmungslos akzeptieren. Mit einer erneuten Aufstockung war das erklärte Ziel der reichen EU-Länder die Wirtschaft des Landes und vor allem den Euro zu retten. 2012 zwang der nächste »Hilfskredit« Griechenland zu weiteren Sparmaßnahmen zulasten des Sozialstaats. Dazu gehörten drastische Kürzungen bei den Renten und im Bereich der Finanzierung von Krankenhäusern.

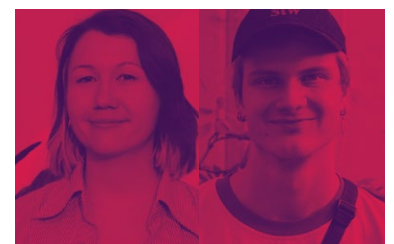
Die durch die EU und den IWF aufgezwungene Austeritätspolitik und die damit einhergehenden Reformpakete wurden in den darauffolgenden Jahren von Tsipras durchgesetzt, der als Marionette der supranationalen Institutionen agierte. Der linke Ministerpräsident steht dabei heute für die Ohnmacht progressiver Akteure, die sich gegen das politische System und den Schuldenzwang der EU durchsetzen wollen.

Wohin mit der EU?

Gegründet als Friedens- und Wirtschaftsprojekt, das den Mitgliedsstaaten durch den Abbau von Zöllen

und einer gemeinsamen Währung zu Wohlstand und Sicherheit verhelfen sollte, lässt sich gut 30 Jahre nach Gründung die Frage stellen: Was soll die EU sein?

Für Deutschland bietet sie ein Ventil zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Auf europäischer Ebene blockierte die Bundesrepublik beispielsweise das Lieferkettengesetz. Letztendlich wurde es gegen die Stimmen Deutschlands durchgesetzt. In der Ukraine verhandeln aktuell westliche Konzerne wie Blackrock den Wiederaufbau. Stattdessen sollte über einen Schuldenerlass für das Land gesprochen werden. Sonst handelt es sich bei der versprochenen Freiheit wieder nur um die Freiheit des Kapitals. In Griechenland zeigte sich, dass dies notfalls auch zulasten der Europäer*innen geht. Auch wenn der Grundgedanke der EU kein schlechter war, offenbart sich weiter und weiter ihr Klassencharakter. ★



Nadine und Maxi studieren in Düsseldorf und haben noch kein Erasmus-Jahr gemacht. Griechenland ist für sie trotz des Spardiktats noch kein erschwingliches Urlaubsziel.

Die Festung Europa und ihre neue alte Abschottungspolitik

Seit einigen Monaten demonstrieren Menschen gegen die »GEAS-Reform« und die damit einhergehende Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl. Die Bundesregierung will währenddessen weiter »im großen Stil abschieben«, und der Diskurs verschiebt sich gefährlich nach rechts. Als Sozialist*innen gilt es, diesen Verhältnissen den Kampf anzusagen.

Bereits jetzt gehören brutale Kriminalisierung, illegale Pushbacks und menschenunwürdige Lager zur gängigen Praxis an den EU-Außengrenzen, und bereits jetzt ist diese Grenze die tödlichste der Welt - trotzdem droht sich diese dramatische Lage weiter zu verschärfen. Denn die Reform des Asylrechts sieht die Ausweitung der sogenannten Grenzverfahren auf einen Großteil der Asylsuchenden vor. Grenzverfahren bezeichnet die (vermeintliche) Abwicklung des Asylprozesses direkt an den Grenzen der EU - ihr Ziel ist die möglichst schnelle Rückführung der geflüchteten Menschen ins Herkunftsland. Ausgeweitet wird das Verfahren dabei auf alle Schutzsuchenden, deren Herkunftsland eine Anerkennungsquote unter 20% aufweist.

Bei dem sogenannten »Screening« zur Prüfung des Verfahrens sind rechtlicher Beistand, medizinische Versorgung oder eine menschenwürdige Unterbringung nicht gewährleistet. Darüber hinaus können geflüchtete Menschen, selbst Minderjährige, bis zu 6 Monate ohne jegliches Verschulden in Lagern inhaftiert werden. Schließlich werden dabei nicht nur die Anerkennungsquoten der Herkunftsländer geprüft, sondern auch die Quoten von vermeintlich »sicheren Drittländern« auf der Fluchtroute. Dabei ist es quasi unmöglich, europäischen Boden zu erreichen, ohne einen »sicheren Drittstaat« zu durchqueren, denn die Kriterien, welches Land als sicher gilt, werden zunehmend aufgeweicht. So wurden im Zuge der »GEAS-Reform«

nach und nach auch Transitstaaten als »sicher« eingestuft. In letzter Minute wurde selbst die besonders umstrittene Krisenverordnung dem Reformpaket hinzugefügt. Wenn es zu einer vermeintlich (drohenden) Krise kommt, sollen dadurch auch die verbleibenden Asylregeln ausgehebelt werden können, wobei die Definition einer Krise sehr viel Deutungsspielraum lässt.

Legale Pushbacks und Aufrüstung der Grenzkontrolle

Noch mehr Gewalt und Pushbacks sind bei solchen Regelungen vorprogrammiert. Die brutale Zurückweisung an der Grenze, ohne vorherige Prüfung der Asylanträge, galt bisher zumindest als Rechtsbruch, auch wenn illegale Pushbacks und Grenzverfahren längst zur gängigen Praxis gehören. Nun sind sie rechtlich verankert: Nancy Faeser bezeichnet das als einen historischen Erfolg für den Schutz von Menschenrechten. Es führt aber dazu, dass faktisch fast niemand mehr rechtlichen Anspruch auf ein individuelles Asylverfahren hat. Es verschlechtert weiter aktiv die Lage all derer, die sich gerade an den EU-Außengrenzen befinden und bedroht zudem diejenigen, die in den kommenden Jahren aufgrund von Krieg, Klimakatastrophe, Armut und Verfolgung zur Flucht gezwungen sein werden und damit ihr Leben riskieren. Statt die Schaffung legaler und sicherer Fluchtwege voranzutreiben, fließen europäische Gelder in Millionenhöhe an Frontex

und Transitstaaten, damit diese mit allen Mitteln die Flucht nach Europa verhindern (siehe S. 22).

Das Sterben im Mittelmeer und die Not der Menschen an den Außengrenzen stellen keine unvorhersehbaren oder unabwendbaren Einzelschicksale dar, sie sind das Resultat einer systematischen und tödlichen Abschottungspolitik der EU-Mitgliedsstaaten. Die Ampel setzt so in vorausweisendem Gehorsam die rechte Politik der AfD um, befeuert mit Waffenlieferungen in Kriegsgebiete Fluchtursachen und schürt zugleich rassistische Hetze: Jüngste Forderungen wie nach der Bezahlkarte, verpflichtenden 80-Cent-Jobs und einer Abschiebe-Offensive für Geflüchtete bilden dabei nur die Spitze des Eisbergs. Mit Blick auf das parallel zur Asylreform eingeführte »Fachkräfte-Einwanderungsgesetz« ist das Ziel des Migrationsregimes der Ampel nach Simin Jawabreh, Journalistin, klar: billige ausländische Arbeitskraft schaffen und den »Rest« abschieben oder wegsperren. Das europäische asylpolitische Motto lautet seit jeher: abschotten, abschieben, abschrecken.

Die »GEAS-Reform« muss verhindert und das individuelle Recht auf Asyl muss verteidigt werden. Unsere Solidarität gilt allen Menschen auf der Flucht und unser gemeinsamer Kampf gilt dem bedingungslosen Recht auf Bewegungsfreiheit. Aus der Wut über den Rassismus und die Brutalität der kapitalistischen Verhältnisse muss unsere gemeinsame Organisation für eine bessere Welt folgen! ★

Flucht ist kein Verbrechen #FreeThemAll

An den EU-Außengrenzen kommt es immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen und der systematischen Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht. Zahlreiche Geflüchtete werden als vermeintliche Schlepper in Italien und Griechenland in durchschnittlich 38 Minuten langen Prozessen zu Haftstrafen von bis zu 100 Jahren verurteilt - der offizielle Vorwurf lautet: »Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt«. Das Vorgehen steht im Widerspruch zur Genfer Flüchtlingskonvention, die es verbietet, Asylsuchende für ihre Einreise zu kriminalisieren und ist doch gängige Praxis an den EU-Außengrenzen.

Mehr Infos beispielsweise unter #FreeHomayoun #Moria6



Johanna aus Frankfurt a.M. und Jessi aus Leipzig sind beide frisch gebackene Philosophinnen. Sie setzen sich gegen die menschenverachtende Migrationspolitik Deutschlands und der EU ein.

Der Aufstieg der Rechten in Europa: Vom Neoliberalismus und rechten Kulturkampf

Italien, Österreich, bald auch Deutschland? Rechtsextreme Parteien gewinnen in ganz Europa an Zuspruch und regieren sogar. Tatsächlich ist auch die EU selbst dran schuld.

Foto: CC Gerhard R.

Der Faschismus ist zurück und in ganz Europa sind die Rechten weiter auf dem Vormarsch. In zu vielen europäischen Ländern konnten sie bereits in die höchsten Ränge der Politik aufsteigen. Warum die Rechten sich in Europa immer weiter durchsetzen können, hat zwar viele verschiedene Gründe, eines vereint sie jedoch alle: Der Aufstieg der Rechten ist die Kehrseite der neoliberalen Globalisierung.

Die zahlreichen gesellschaftlichen Globalisierungs- und Modernisierungstendenzen der letzten Jahr-

zehnte haben dazu geführt, dass die Rechten ein günstiges Spielfeld vor sich finden. Die neoliberale Offensive (S. 4) führte zwar zu einer Ansammlung von Reichtum, die nicht vergleichbar mit der der 1980er ist, jedoch hat die arbeitende Klasse davon wenig gesehen. Wettbewerb und Individualismus haben in ganz Europa unsere Gesellschaft durchdrungen. Die auch von der europäischen Union beförderte Austeritätspolitik, ist Ausdruck dieser neoliberalen Wirtschaftspolitik. Als ökonomisches Regulationssystem fungiert dabei die Politik der EU auf dem Gebiet der

Arbeit, die relevante Institutionen des sozialen Ausgleichs beschnitten hat und damit zur Ausweitung der sozialen Ungerechtigkeit beiträgt. Es ist festzuhalten, dass im Umgang mit den multiplen Krisen der letzten Jahrzehnte vor allem große Kapitalfraktionen und nicht die Arbeiter*innen profitieren. Die soziale und wirtschaftliche Unsicherheit ist der Nährboden, auf dem die Rechten immer stärker werden.

Die europäischen Rechten teilen ein autoritäres, traditionelles Gesellschaftsbild und einen ausgeprägten Sozialchauvinismus. Sie fordern die Abschottung Europas und kriminalisieren jegliche Migration, sie fordern nationale Aufrüstung, um ihre nationalstaatlichen Interessen abzusichern. Im Diskurs bedienen sie sich rassistischer, sexistischer und transfeindlicher Narrative, die am Ende auf der Straße in Gewalt münden. Diese Narrative werden immer mehr von den Parteien der Mitte übernommen.

Die wachsende Salonfähigkeit nationalistischer Identitätspolitik ist dabei Ausdruck einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse im politischen Raum. Die liberale Mitte verschwindet immer mehr aus der politischen Arena. Dafür nur ein Beispiel: Der französische Präsident Emmanuel Macron versprach mit klaren Worten, die Brandmauer gegen die radikale Rechte mit aller Kraft zu verteidigen. Nur kurz darauf verabschiedete er mit den Stimmen der rechtspopulistischen »Rassemblement National« ein neues rigides Einwanderungsgesetz. Gewonnen haben damit die Rechten und Macron ebnet der Postfaschistin Marine Le Pen den Weg, um seinen Platz einzunehmen. Partnerin im Kampf gegen den Faschismus ist die vermeintliche Mitte für uns daher nicht. Im Gegen-

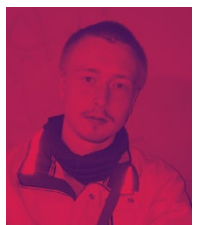
teil: Sie ist der Steigbügelhalter, die den rechten Aufstieg ermöglicht, wie wir es auch am derzeitigen Aufstieg der Alternative für Deutschland in der Bundesrepublik Deutschland sehen können.

Keiner sollte sich auf die Mitte verlassen

Jedoch handelt es sich dabei nicht nur um einen machtpolitischen Wettkampf unter Parteifunktionären, sondern um die Hegemoniekrise eines Neoliberalismus, welcher verzweifelt nach Stabilität ringt. Eine Folge davon ist, dass der Neoliberalismus und der rechte Kulturkampf ein Zweckbündnis eingehen. Die durch den neoliberalen Kapitalismus verursachten sozialen Ungleichheiten werden als kulturelle Probleme verdreht und Migrant*innen, politische Minderheiten und Linke zum Sündenbock gemacht. Vorerst wird so ein Fortbestehen der kapitalistischen Ordnung gewährleistet, ohne dass die eigentlichen Ursachen benannt werden oder in letzter Konsequenz die Systemfrage gestellt wird.

Uns als Sozialist*innen muss daher klar sein: Wenn wir die Rechte schlagen wollen, müssen wir mit aller Härte gegen sie kämpfen und ihre autoritären Versuche vereiteln. Zugleich müssen wir jedoch deutlich machen, was die Wurzel ihres Aufstiegs ist: Ein Wirtschaftssystem, was unsere Klasse zermüht und zugleich die Reichen immer reicher werden lässt. ★

Merlon Bleßmann, ist im SDS Berlin aktiv. Derzeit hat er die Stelle für die Unterstützung im Europawahlkampf für den Verband inne.



Preise runter, Profite deckeln!

Gerechtigkeit geht #nurmitlinks

Am
9. Juni
Die Linke
wählen

Die Linke



nurmitlinks.de

Ein Europa für alle, statt für Finanzhaie!

Die EU gilt als Fortschrittsprojekt – doch auch was den Klimaschutz betrifft? Beschäftigt man sich etwas genauer damit, merkt man schnell, dass hier weniger der Planet oder die Bürger*innen im Vordergrund stehen, sondern der gute alte Investor.

Wenn die Semesterferien begonnen haben, das Interrail-Ticket gebucht ist und in einer Woche sechs Länder ohne eine einzige Grenzkontrolle durchreist werden können, dann ist er zu spüren, der europäische Spirit. Ein europäischer Spirit, der gerade bei der Klima- und Energiepolitik eine Rolle spielen wird, wenn am 09. Juni ein neues Europaparlament gewählt wird. Aber wie gut kann die EU eigentlich Klimaschutz?

Risse im System

Die europäische Grundidee bleibt ohne Frage eine gute: ein freies und demokratisches Europa, in dem die großen Fragen wie Klimaschutz grenzübergreifend gelöst werden, anstatt sich in den Nationalstaat zu flüchten. Mitriesigen Naturschutzgebieten, Maßnahmen zur Plastikmüllreduktion oder dem Green Deal können sich die Bemühungen der EU auf dem Gebiet auch durchaus sehen lassen.

Doch das Fortschrittsprojekt Europäische Union bröckelt auch abseits von Frontex, Korruptionsskandalen und Rechtspopulismus. Plötzlich werden Kernkraft und Erdgas als »nachhaltig« gelabelt und wie gut ist eigentlich die Klimabilanz von Aufrüstung und Waffenlieferungen? Wir verdrängen gerne, dass die EU vor allem eine Wirtschaftsunion ist. Mit den sogenannten »Grund-

freiheiten der EU« ist nicht etwa die Meinungsfreiheit gemeint, sondern ein möglichst freier Binnenmarkt: freier Kapital-, Dienstleistungs-, Waren- und Personenverkehr. Diverse Freihandelsabkommen wie CETA, TTIP oder zuletzt MERCOSUR stehen dauerhaft vor allem wegen ihren klima- und umweltschädlichen Auswirkungen in der Kritik.

Klimaschützerin RWE AG?

Der Charakter der Wirtschaftsunion wird vor allem im Bereich der Energiepolitik deutlich. Beispielsweise RWE war einmal eine Art Zusammenschluss der Energieversorger des Ruhrgebiets, an welchem die Kommunen an Konzernentscheidungen beteiligt waren und von den Ausschüttungen profitiert haben. In den vergangenen 30 Jahren wurde der Energiesektor jedoch in Europa privatisiert, aufgespalten und für den Kapitalmarkt geöffnet. Auch wenn die Stadt Dortmund beispielsweise noch fünf Prozent der Anteile hält, ist die RWE AG heute ein globaler Energiekonzern, an welchem unkontrollierbare Finanzriesen wie BlackRock, Amundi oder auch der katarische Staatsfonds große Anteile halten.

An den Konzernen, welche die großen Energietransport- und Verteilernetze betreiben, sind unter anderem

das Königreich der Niederlande, ein australischer Infrastrukturfonds und diverse weitere nationale und internationale Investmentfonds beteiligt. Die Gewinnmargen sind in beiden Bereichen gigantisch und das nicht nur durch die fossilen Energien, sondern auch gerade durch die Erneuerbaren.

Im sogenannten Merit-Order-System werden die in der Erzeugung günstigen erneuerbaren Energien immer priorisiert eingespeist. Die Energiekosten richten sich aber nach den teureren Kohle- und Gaskraftwerken, die es nach wie vor braucht, um die massiven Schwankungen bei den Erneuerbaren auszugleichen. Längst haben sich RWE und die anderen Konzerne die besten Flächen für Windkraftanlagen gesichert und betreiben die hochprofitablen Windparks auf Nord- und Ostsee. Während in der Debatte immer wieder die sogenannte »Bürgerenergie« ins Wort gehoben wird, bei der die Bürger*innen an den erneuerbaren Energien beteiligt sind und davon auch finanziell profitieren, spielen solche Ansätze in der Praxis nur kaum eine Rolle.

Eine Energieversorgung der Menschen!

Paradoxerweise sind es gerade die

großen Dreckschleudern wie RWE, die am meisten vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren. Da werden in Zeiten hoher Energiepreise massive Übergewinne erzielt und an zwielichtige Finanzhaie ausgeschüttet, während die Verbraucher*innen nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Wer ist da noch verwundert, dass bei einer zunehmend prekären sozialen Lage sich die Menschen von der EU ab- und sich den Rechten zuwenden?

Die Klimagerechtigkeitsbewegung muss nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien fordern, sondern sollte gerade hier auch die Eigentumsfrage stellen. Doch was, wenn dies gar nicht mit der Europäischen Union möglich ist? Denn in dieser EU kann ich nicht nur ohne Grenzkontrolle durch sechs Staaten reisen, sondern als Finanzhai auch an sechs Energieversorgern verdienen! ★

Kilian ist 23 Jahre alt und studiert Recht in Leipzig. Er findet, wenn von CDU bis Linke alle Europa hochleben lassen, muss irgendetwas faul sein.





Das Bestehende verteidigen, um darüber hinauszugehen

Der Journalist und Sozialwissenschaftler Sebastian Friedrich erklärt den Erfolg der AfD, wie sie die Jugend einnimmt und was dagegen zu tun ist.



Sebastian Friedrich (CC Lidija Delovska)

Wir beobachten die letzten Jahre einen immer stärkeren Aufstieg der AfD. Was ist der Charakter dieser Partei und wie hängt sie mit anderen rechten Kräften in Deutschland zusammen?

Die AfD verbindet verschiedene rechte bis rechtsradikale Strömungen. In der Anfangszeit vor allem eine nationalkonservative und eine national-neoliberale Strömung. Heute dominiert aber vor allem ein völkischer Flügel. Die Partei ist heute strategisches Zentrum des modernisierten Rechtsradikalismus in Deutschland. Verschiedene rechtsradikale und rechte Initiativen, Organisationen und Medienprojekte kommen nicht nur nicht an der AfD vorbei, sondern beziehen sich ganz aktiv auf sie. Sie ist damit das dominierende Element des rechtsradikalen Projekts in Deutschland.

Wie lässt sich der starke Aufstieg der Rechten in den letzten Jahren erklären?

Die Gründe sind vielschichtig: Es hat

sowohl etwas mit der Krise des Konservatismus zu tun als auch gerade in der Anfangszeit mit einer Krise der Kapitalfraktionen: Es gab während der Eurokrise Uneinigheiten innerhalb des Machtblocks hinsichtlich der geeigneten Euro-Strategie, und auch daraus ist die AfD mit hervorgegangen. Sie konnte von Beginn an von der Krise der parlamentarischen Demokratie profitieren. Vor allem in den letzten Jahren profitiert sie verstärkt von einer zunehmenden Krise des Sozialen, die auch in Teilen der Arbeiter*innenklasse Unzufriedenheiten produziert hat. Nicht zuletzt kann sich die AfD aber auch die Krise der gesellschaftlichen Linken zunutze machen, weil es linke Kräfte in diesem Land weder geschafft haben in den letzten Jahren die zunehmende Unmut und Unsicherheit noch das stärker werdende Krisenbewusstsein von links zu politisieren, gerade auch hinsichtlich der Friedensfrage.

Es gelingt der AfD diese Unsicherheit mit rassistischen nationalistischen Argumenten zu beantworten. So auch bei der Friedensfrage: Sie beantwortete reale Unsicherheit mit einem chauvinistischen Verweis auf nationale Interessen.

Welche Rolle spielt die Jugend dabei?

Ver mehrt stimmen auch Erstwähler*innen für die AfD. Sie hat sehr früh verstanden, die verschiedenen Social Media-Plattformen effektiv zu nutzen. Ich würde aber davor warnen, den Erfolg der AfD bei Jüngeren zu sehr auf ihre Aktivität in den sozialen Netzwerken zu beziehen. Es gibt in der Debatte die Tendenz zu sagen, wenn die anderen Parteien erfolgreicher bei Tiktok wären, dann wären

Rechtsradikale deutlich schwächer. Ihre Präsenz in den sozialen Medien ist aber nicht Ursache ihres Erfolgs, sondern ein Verstärker. Die Jugend spielt auch für die sogenannte Neue Rechte eine wichtige Rolle: Die Neue Rechte ist als intellektuelle, elitäre Strömung innerhalb des rechtsradikalen Projekts eng verwoben mit der völkisch-nationalistischen Strömung. Die Weltveränderung geht aus Sicht der Neuen Rechten von der Jugend aus und deswegen muss auch die Jugend gezielt angesprochen und gestützt werden. Das macht die Neue Rechte in Form von Kaderausbildungen - und das nicht ganz erfolglos. So gibt es inzwischen einige jüngere Autoren und Intellektuelle, die intern ausgebildet wurden und einen sich zunehmend ausdifferenzierenden rechtsintellektuellen Diskurs bedienen.

Wir merken, dass die Rechten stärker versuchen, die Unis als Räume zu vereinnahmen. Beispielsweise wird die AfD an Hochschulen eingeladen und rechte Gruppierungen wie die Junge Alternative treten stärker an den Unis auf. Welche Rolle spielen die Unis im rechten Hegemonieprojekt?

Die Neue Rechte schafft es, in der AfD ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass man ein Vorfeld aufbauen und in die Zivilgesellschaft reinwachsen muss. Dabei steht die Partei im Zentrum und es gibt verschiedene mit ihr verbundene Organisationen und Institutionen. Rechte Studierendengruppen und Burschenschaften sind auch Teil dieses Vorfelds. Zwischen der AfD und dem Burschenschaftenspektrum bestehen enge Verknüpfungen: Dort werden regelmäßig

AfD-Politiker und Referenten aus dem neurechten, intellektuellen Vorfeld eingeladen.

Die Rechte ist sich im Klaren, dass es im akademischen Bereich in Gänze noch eine eher linksliberale bis linke Mehrheit gibt, die ein Resultat von linken Kämpfen unter anderem der 68er ist. Trotzdem versuchen sie sich an den Unis weiter auszubreiten. Mit einer stärkeren Resonanz in der ganzen Gesellschaft hat sie diese dann auch im akademischen Feld, wo sie versucht, Studierende anzusprechen und Kader zu rekrutieren.

Und was würdest Du in dem Kontext sagen, was die Aufgabe von linken Studis gerade im Kampf gegen rechts ist?

Ich konzentriere mich eher auf die Analyse und überlasse Schlussfolgerungen gerne anderen. Für Linke gibt es aktuell die schwere Aufgabe, kurz- und mittelfristige Abwehrkämpfe mit der langfristigen Perspektive von einer anderen Gesellschaft zu verbinden. Das Bestehende verteidigen, um darüber hinauszugehen. Das heißt einerseits an den Unis, sofern noch vorhanden, linke Mehrheiten verteidigen und darüber aufklären, welche Strategien rechte Strömungen, Aktivisten und Projekte an den Unis verfolgen. Und andererseits in die Offensive gehen und die Krise des Kapitalismus als eine Ursache für den Aufstieg der Rechten zum Ausgangspunkt für linke, sozialistische Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit machen. ★

Das Interview führte Hanne Lingnau, SDS Bielefeld.

Gegenmacht aufbauen – mit der Linken

Nam Duy tritt als Direktkandidat der Linken zur Landtagswahl in Sachsen an. Welche Rolle Antifaschismus und Klassenpolitik spielen und wie seine persönliche Geschichte und politischen Erfahrungen bei dieser neuen Aufgabe helfen können, beschreibt er in diesem Artikel.

Wenn im Herbst dieses Jahres in Brandenburg, Thüringen und Sachsen die Landtage neu gewählt werden, richten sich viele Blicke aus der ganzen Republik nach Osten. Wird es einen weiteren Dammbbruch geben? Wird die AfD stärkste Kraft oder noch schlimmer - Teil einer Landesregierung? Dem stattfindenden Rechtsruck wollen wir hier in Leipzig etwas entgegensetzen und rund um meine Kandidatur für den sächsischen Landtag eine vereinernde Kampagne im Kampf gegen Rechts aufbauen.

Mit Aufbau und Organisation zur Gegenmacht

Als Kandidat für den Wahlkreis Leipzig Mitte-Ost werde ich meine Biografie und meine politischen Erfahrungen einbringen, um als Kind vietnamesischer Vertragsarbeiter eine klassenorientierte und antirassistische Perspektive zu vertreten. Dabei geht es nicht nur darum, als potenziell erster nicht-weißer Abgeordneter im sächsischen Landtag dem antirassistischen Kampf mehr Sichtbarkeit zu verleihen oder eine sozialistische Perspektive auf Ausbeutung und Armut einzubringen. Vielmehr verbindet die Unterstützer*innen der Kampagne die Überzeugung,

dass kein (parlamentarisches) Stellvertretertum die Probleme unserer Zeit lösen kann. Nur der Aufbau von Gegenmacht und die Organisation von Tausenden wird die bestehenden Verhältnisse ins Wanken bringen. Deshalb verstehen wir den Kampf um das Direktmandat vor allem als kollektive Anstrengung, möglichst viele Aktive in und um die Linke für dieses Projekt zu gewinnen und ihre Erfahrungen aus zahlreichen Bewegungen oder gewerkschaftlichen Kämpfen zusammenzubringen. Ein mögliches Mandat soll ausgehend von den außerparlamentarischen Initiativen gedacht und gestaltet werden. Als Kind von vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen bin ich in Riesa aufgewachsen und habe früher immer geglaubt, dass die schreiende soziale Ungerechtigkeit in diesem Land oder der alltägliche Rassismus gegenüber mir und meiner Familie eine persönliche Angelegenheit seien. Doch über die Jahre habe ich durch meine politische Aktivität im SDS oder auch als gewerkschaftlicher Organizer gelernt, dass Unterdrückung und Ausbeutung im Kapitalismus System haben.

Die Realität im Osten

Im Gegensatz zum Rassismus, der ein gesamtdeutsches Phänomen ist, haben die Menschen in Ostdeutschland

spezifische Erfahrungen gemacht, die linke Politik berücksichtigen muss. Die Wende gilt keineswegs als reine Erfolgsgeschichte, die Folgen sind bis heute spürbar. Dadurch, dass im Vergleich zum Westen beispielsweise der gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit auch die Tarifbindung schlechter sind, sind auch Löhne und Rentenniveau deutlich niedriger. Seit den 1990er Jahren verfolgten die Landesregierungen die Strategie, Sachsen zu einem innerdeutschen Niedriglohnland zu entwickeln. Damit einher ging auch die Erosion betrieblicher und demokratischer Beteiligungsformen. Die Menschen in Ostdeutschland erleben sozialen Abstieg und eine Abwertung ihrer Lebensleistung. Die AfD schafft es wie keine andere Partei diese Erfahrungen regressiv umzudeuten, indem sie das Zusammenrücken als deutsche Schicksalsgemeinschaft gegenüber dem politischen Establishment und die rassistische Abgrenzung gegenüber Migrant*innen propagiert.

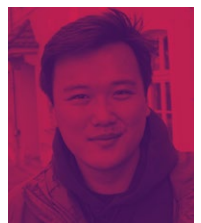
Die Geschichte Ostdeutschlands ist aber nicht nur eine Geschichte von Niederlagen und Abwertung, es gibt auch Erfolgsmomente. Die Menschen beginnen, sich aktuell zu wehren und die gewerkschaftlichen Kämpfe sind trotz des überschaubaren Organisationsgrades sprunghaft angestiegen.

Durch die Streiks im öffentlichen Dienst, bei Teigwaren Riesa oder aktuell bei einem Recyclingbetrieb im Landkreis Leipzig mit einem der längsten Streiks in der Geschichte der BRD machen viele Menschen die Erfahrung, dass Kämpfe wieder geführt und gewonnen werden können und dass es sich lohnt, sich zu organisieren.

Ausgehend von diesen Erfahrungen wollen wir im Sommer in Leipzig einen interaktiven Wahlkampf gestalten. Unser Ziel ist es, an über 20.000 Türen zu klingeln, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und sie für eine sozialistische Perspektive in Sachsen zu gewinnen. Der Wahlkampf soll ein Leuchtturm werden für die Erneuerung der Linken und für eine antifaschistische Politik, die auf Klassensolidarität fußt.

Dafür brauchen wir jedoch viele Menschen und ihre Erfahrungen! Bist du dabei? ★

Nam Duy Nguyen war viele Jahre im SDS Leipzig aktiv und arbeitete zum Kampf gegen Rechts und antimuslimischen Rassismus und ist nun aktiv in der Linken.



Wissenschaft für Alle heißt Wissenschaft mit Allen!

Schluss mit der Mentalität des Kalten Krieges! Warum wir dringender denn je internationale Wissenschaftskooperationen zur Befreiung der Menschheit und Humanisierung der Verhältnisse brauchen. Ein Kommentar.

Am 15. Dezember 2023 hat der Rat des *Conseil européen pour la recherche nucléaire* (CERN, Europäische Organisation für Kernforschung) entschieden, die institutionellen Kooperationen mit Russland nach ihrem Auslaufen im November '24 nicht zu erneuern. Grund hierfür ist laut Resolution des Rats der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine Anfang 2022. Mit dieser Entscheidung hat sich das CERN deutlich gegen seine 70-jährige Geschichte als Organisation im Sinne des Friedens, der Völkerverständigung und der gemeinsamen humanistischen Suche nach wissenschaftlicher Erkenntnis gewendet.

Das CERN wurde 1954 ursprünglich gegründet, um das Auswandern von Wissenschaftler*innen aus dem kriegszerstörten Europa zu verhindern und um den Ausbau europäischer, wissenschaftlicher Zusammenarbeit zu fördern. Unter dem Eindruck des Schreckens des Zweiten Weltkrieges wurde in das Gründungsdokument eine Klausel zur zivilen Forschung festgeschrieben. Diese besagt, dass die Arbeiten am CERN sich nicht mit militärischen Anforderungen befassen und die Forschungsergebnisse mit der Öffentlichkeit geteilt werden sollen.

Schon 1967 wurde ein offizielles Abkommen zur Zusammenarbeit mit

dem sowjetischen physikalischen Forschungsinstitut *Joint Institute for Nuclear Research* (JINR) geschlossen. Die gemeinsame Arbeit fand im Geiste von Artikel 1 der UN-Charta statt: Zur Förderung der Lösung von globalen Problemen der Menschheit. Über die Zeit des Kalten Krieges hinweg wurde an diesen Kooperationen festgehalten, mit der Überzeugung, dass die Wissenschaft nur durch beidseitigen Austausch zur Verständigung und Frieden beitragen kann.

Neben der Herausforderung der Abrüstung stehen heute viele weitere Probleme im Raum, die nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden können. Der letzte Bericht des *Bulletin for Atomic Scientists* listet eine Fülle von Herausforderungen auf: Künstliche Intelligenz, Genmanipulation und nicht zuletzt den Klimawandel. Die Autor*innen des Berichts führen mit Nachdruck die Wichtigkeit zwischenstaatlicher Kooperation zur Lösung dieser Menschheitsprobleme aus. Diese Problematik wird in Russland deutlich, dessen Territorium zu zwei Dritteln aus Permafrostböden besteht. Das Auftauen dieser Böden würde einen Kippunkt für das Weltklima darstellen. Durch Sanktionen, wie sie auch von Seiten des CERN verhängt werden, können heute wichtige Forschungsprojekte

zur Untersuchung dieser Prozesse nicht ausgeführt werden.

Wissenschaft lebt von Zusammenarbeit. Ihre Geschichte ist eine des Briefaustauschs, von internationalen Konferenzen, intimen Gesprächen und institutionellen Absprachen. Der kooperative Charakter verleiht der Wissenschaft ihr Potential als vermittelnde Instanz in politischen Krisen und Kriegen. Unter anderem die UNESCO rief SESAME ins Leben, eine Organisation zur Förderung von physikalischer Forschung im Nahen Osten. Diese bringt Wissenschaftler*innen aus den Reihen sich sonst feindselig gegenüberstehender Akteure, wie Israel und Palästina, zusammen.

Aufbau von Vertrauen statt Feindbildern

Gemeinsame wissenschaftliche Arbeit schafft die Grundlage zum Diskurs abseits des Labors: Wer miteinander spricht, schießt wahrscheinlich nicht aufeinander. Feindbilder werden abgebaut, Propaganda wird wissenschaftlich-kritisch hinterfragt und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut. Nationale Interessen rücken in den Hintergrund zugunsten der Erkenntnis, dass wir zusammen die gleichen Lebensgrundlagen tei-

len und dass es diese Grundlagen im Sinne aller zu verbessern gilt, so wie es in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist. Diese entstand als Konsequenz aus der Barbarei von zwei Weltkriegen, in denen die Wissenschaften wesentlich zu Leid und Zerstörung beigetragen haben. Die Forschung zur nuklearen Abrüstung ist ein Beispiel dafür, wie die Wissenschaft im historischen Bewusstsein ein Gegengewicht zur Logik des Krieges darstellen kann. Grenzüberschreitende Kooperationen sind ein essenzieller Bestandteil der Wissenschaft und erlauben es, Diplomatie von unten zu betreiben. Diese sollten ausgebaut und der Austausch von Wissenschaftler*innen weltweit gefördert werden. Nur so können wir die Grundsätze des Völkerrechts verwirklichen. ★



Jonathan (24, Biophysik) und Ari (25, Kulturanthropologie und Wissenschaftsgeschichte) vom SDS Frankfurt am Main haben zuletzt den bundesweiten Zivilklausel-Kongress mitorganisiert.

UNTIL DEBT
TEAR US APART

Antifaschistische Praxis

Der Rechtsruck macht sich in allen europäischen Ländern bemerkbar. Wir wollten von unseren Genoss*innen wissen, wie er sich bei ihnen äußert und wie ihre antifaschistische Praxis aussieht. Hier sind ihre Berichte.

Griechenland Widerstand und Krise

Nach acht Jahren harter Sparmaßnahmen, die der griechischen Bevölkerung von 2010 bis 2018 aufgezungen wurden, gewann 2019 die neoliberal-traditionelle Partei der Rechten, die »Neue Demokratie«, die Mehrheit im Parlament. Unmittelbar nach den Wahlen wurde das Demonstrationsrecht eingeschränkt, genauso wie weitere demokratische Strukturen und zusätzlich bei Gesundheit und Bildung gespart. Nach vier Jahren Regierungszeit und ihrer Wiederwahl mit 41 Prozent haben die neoliberalen Kräfte, die ihre Hauptstimme in der »Neuen Demokratie« finden, die Opposition, die sich in einer tiefen Krise befindet, zerschlagen und setzen ihre Maßnahmen ohne großen Widerstand durch.

Diese Politik führte zu einer humanitären, wirtschaftlichen und kulturellen Krise, bis eine starke Linke beschloss, dem Teufelskreis von Sparmaßnahmen und wirtschaft-

lichen »Rettungsaktionen« ein Ende zu setzen. Es war die Koalition der radikalen Linken, eine ehemals kleine Partei von linken Intellektuellen, die 2018 den Weg zum Ausstieg aus der wirtschaftlichen Besatzung der EU ebnete. Sie war die erste linke Regierung Griechenlands, die über offene Grenzen sprach, Tarifverträge wieder einführte und Millionen von Bürger*innen gesundheitliche Sicherheit brachte. Das alles in einer Zeit des Aufstiegs von Faschismus und konservativen Kräften in ganz Europa. Inmitten des neoliberalen Wirbelsturms war es diese entschlossene Kraft, die beschloss, alles in ihrer Macht Stehende für eine tief verwundete Gesellschaft zu tun. Die demokratische Krise, die sich im Sommer 2015 mit dem Referendum und der wirtschaftlichen Erpressung durch Europa ereignete, ist ein deutlicher Beweis für die Entscheidung der linken Regierung, die Grenzen eines Systems, das die Ausbeutung der Bevölkerung fördert, für alle sichtbar zu machen und zu versuchen, es zu ändern. Allerdings wurde der Kampf von einer nationalen Regierung gegen das europäische System geführt, diesen Kampf konnten sie nur verlieren. Dadurch

wurde die Linke in Griechenland tief verwundet und verlor im Anschluss ihre strategische Konzentration. Trotzdem verbreitete sie Hoffnung, auf ein anderes System.

Heute erleben wir eine Studierendenbewegung begonnen im Winter 2023, die sich gegen eine mächtige neoliberale Regierung erhoben hat, um die öffentlichen Universitäten zu schützen und den Artikel 16 der griechischen Verfassung zu verteidigen. Dieser wurde bereits von der Studierenden- und Akademikerbewegung der Jahre 2006 und 2007 geschützt. Der Artikel 16 der griechischen Verfassung erlaubt ausschließlich öffentliche und freie Universitäten. Außerdem zieht er den Staat in die Pflicht, die Hochschulbildung vollständig zu finanzieren. Die Entstehung des Artikels ist das Ergebnis eines siegreichen Kampfes der griechischen Bevölkerung, während einer radikalen Transformation in den 80er Jahren.

Man könnte sagen, dass wir in Griechenland aufgrund der starken Studierendenbewegungen zum Schutz der öffentlichen Universitäten erneut erleben, was 2015 geschah, als

der Widerstand gegen ein neoliberales Europa begann. Damals erhob sich die radikale Linke gegen ein mächtiges Europa. Nun erhebt sich die radikale Studierendenbewegung gegen eine mächtige Regierung, die die griechische Gesellschaft spaltet. Studierende, Dozierende und Verwaltung setzen sich weiterhin für die öffentliche Universität und gegen private Investor*innen ein. Der Studierendenbewegung ist es gelungen, die Verabschiedung des Gesetzes zwei Monate lang hinauszuzögern, und zwar durch neun aufeinanderfolgende Wochen mit Vollversammlungen, Besetzungen von Universitäten, Protesten vor dem Parlament und Koordinierung der Studi-Verbände. Während dieser neun Wochen wuchs die Bewegung zusammen und erinnerte mit dem Widerstand gegen die Privatisierung die griechische Gesellschaft daran, dass wir gemeinsam für den Schutz des öffentlichen Interesses, unserer Zukunft und unseres Lebens kämpfen werden.

Wir müssen verinnerlichen, dass eine andere Zukunft möglich ist und sie in unseren Händen liegt!

Katalonien

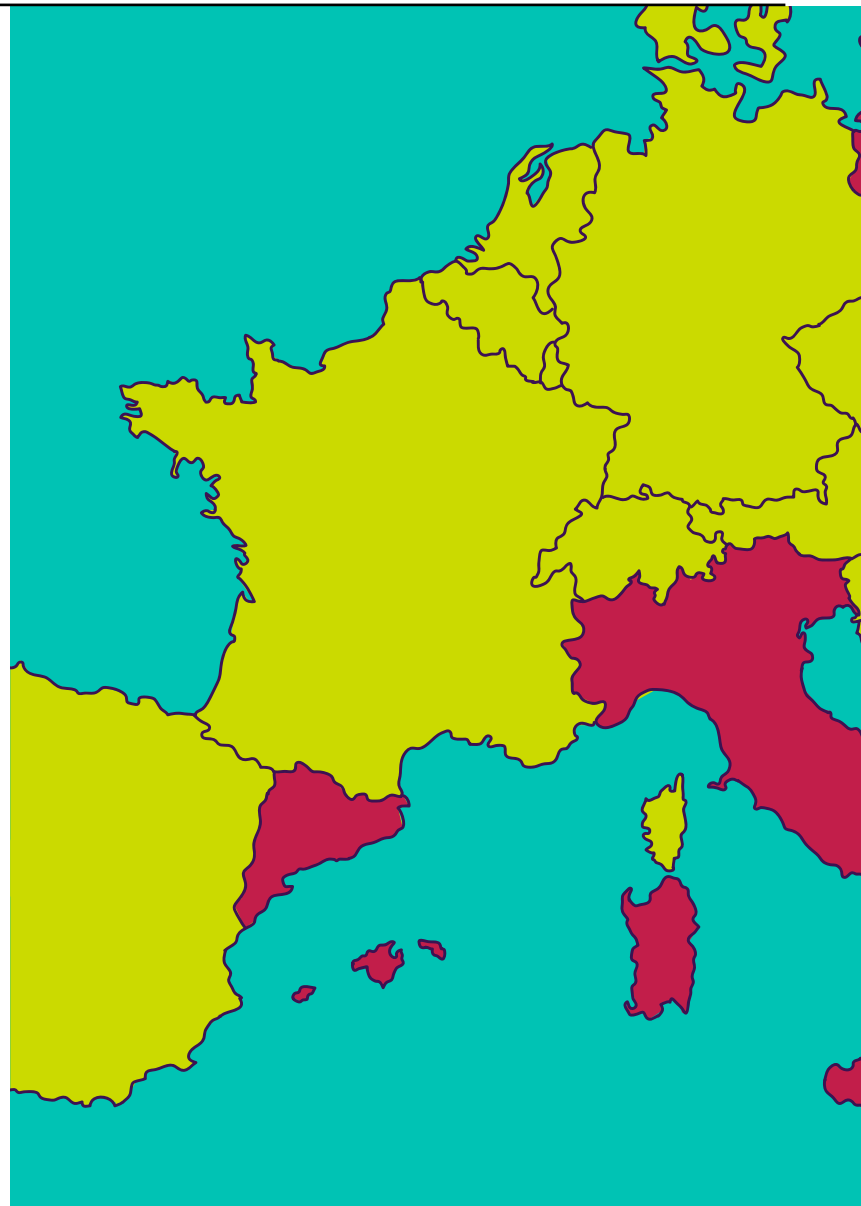
Wer gegen Nazis kämpft...

Die reaktionäre Politik der Rechten international zielt auf den Abbau von lange erkämpften Rechten und gegen eine soziale, ökologische und intersektional-transfeministische Politik, die bessere Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse garantiert.

So waren in den letzten Jahren einige Genoss*innen unserer Organisation mit Repressionen der spanischen Regierung konfrontiert. Am 23. Februar 2022 etwa demonstrierte eine Gruppe junger Antifaschist*innen aus der Studierendenbewegung gemeinsam und friedlich mit anderen gegen die Anwesenheit der Jugendvereinigung »S'ha Acabat« (Es ist vorbei) auf einer Veranstaltung der Universität Pompeu Fabra (UPF). Diese ist mit der extremen Rechten und pro-spanisch-nationalistischen Gruppen, wie der »Societat Civil Catalana« verbunden. Obwohl der Protest ohne Zwischenfälle verlief, erhielten die

jungen Demonstrant*innen nach einigen Monaten eine gerichtliche Vorladung, in der ihnen eine Reihe von Straftaten vorgeworfen wurden. Die Staatsanwaltschaft forderte für die Angeklagten jeweils drei Jahre Haft wegen Nötigung, leichter Körperverletzung und Diebstahl einer spanischen Flagge. »Amnesty and Freedom« verurteilt die unverhältnismäßige Anwendung des Strafrechts zur Unterdrückung politischer Bewegungen, die ihre demokratischen Rechte ausüben. Gegen die extreme Rechte zu demonstrieren, kann niemals ein Verbrechen sein. Hinter diesem ganzen Prozess verbirgt sich der Versuch, antifaschistische Jugendliche zu demobilisieren.

Junge Menschen in Spanien befinden sich seit einigen Jahren in einer tiefen Prekarität, die von der Unsicherheit geprägt ist, keinen Arbeitsplatz zu finden oder, wenn doch, zu unwürdigen Konditionen. Die jungen Menschen haben die Nase voll vom kapitalistischen System, das ihnen die Emanzipation verweigert. Wir befinden uns in einem Moment, in dem die extreme Rechte auf dem Vor-



ANZEIGE

WALTER RODNEY

WIE EUROPA AFRIKA UNTERENTWICKELTE

Mit Beiträgen von Peluola Adewale, Bafta Sarbo und René Arnsburg

manifest. Aus dem Englischen von Andreas Brandl

marsch ist und sich als Verteidigerin der Arbeitnehmer*innen maskiert, obwohl sie sich stets als Verbündete der Arbeitgeber*innen und wirtschaftlichen Eliten erwiesen hat. So machen es beispielsweise die gescheiterten Arbeitsreformen der spanischen Regierung notwendig, sich auf eine spezifische Lösung für katalanische Länder zu fokussieren. Hier spielen die Stadtverwaltungen eine Schlüsselrolle.

Der Antifaschismus ist ein unzerstörbares Merkmal des Kampfes der Jugend für eine integrative und tolerante Gesellschaft mit allen, die die Menschenrechte verteidigen. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Idee des organisierten Antifaschismus zu erhalten und weiterzuführen. Dazu ist es wichtig, Verbindungen zwischen den Bewegungen der Linken und den staatenlosen Nationen Europas zu schaffen, um ein transformatives Projekt aufzubauen, das der internationalen Arbeiterklasse die notwendigen materiellen Bedingungen geben kann.

Im Angesicht des Faschismus ist klar, dass wir uns wehren werden,

und aus diesem Grund werden wir immer die betroffenen Menschen und die Aufrufe gegen die faschistische Propaganda unterstützen. Gemeinsam können wir die Rechten stoppen. Internationale Solidarität ist der Schlüssel!

Polen

Die Mitte als schlechter Partner

In den letzten Jahren hat die extreme Rechte einen Aufschwung im Land erlebt. Vielleicht nicht in demselben Ausmaß wie in anderen Ländern, aber stetig. Die jüngsten Parlamentswahlen wurden als Niederlage bezeichnet, obwohl sie tatsächlich einige Sitze hinzugewonnen haben, lediglich nicht so viele wie prognostiziert. Sie verfügen über eine solide Wählerbasis, die sich hauptsächlich aus jungen Männern zusammensetzt. In der Zwischenzeit ist die polnische linke Mitte in der Politik weit-



Illustration: Pia Chwalczyk

gehend in den Hintergrund getreten. Der aktuell verworrene Zustand der Linkskoalition, die sich aus der linksliberalen »Neuen Linken« und der linkspopulistischen »Razem«-Partei zusammensetzt, bedarf einiger Erklärungen: Während die kleine Fraktion der Neuen Linken stolzes Mitglied der Mitte-Rechts-Regierung ist, befindet sich die »Razem«-Partei technisch gesehen in der Opposition, obwohl sie in der Linkskoalition verbleibt, mit dem Ziel, gemeinsam an den Wahlen teilzunehmen. Die meisten Wähler*innen verstehen diesen Unterschied nicht.

Die meisten Siege der Rechtsextremen wurden auf dem Rücken ihrer politischen Unabhängigkeit errungen. Während die polnische Politik von zwei Mitte-Rechts-Blöcken dominiert wird, kann sich die nationalistische »Konfederacja« trotzdem einigermaßen glaubwürdig als oppositionelle Kraft darstellen, was man von der Linken nicht mehr behaupten kann. Auch wenn ich »Razem« für eine enorme Verbesserung gegenüber früheren Formen linker Organisation in Polen halte und viele ihrer Aktivist*innen als Ge-

noss*innen betrachte, bin ich dennoch der Meinung, dass sie einfach nicht in der Lage ist, einen langfristigen Sieg für die Linke zu erringen. Vor allem, weil sie sich das gar nicht zum Ziel setzt.

Die früheren Versuche, eine linke Partei in Polen zu gründen, haben nicht genug Schwung entwickelt, um die liberale Hegemonie zu brechen. Um erfolgreich zu sein, müssen wir unsere Strategie deutlich machen, damit unsere Mitglieder wissen, worauf sie sich einlassen. Die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse kann nicht aufrechterhalten werden, wenn wir uns an bürgerlichen Regierungen beteiligen oder dauerhafte Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eingehen. Daraus folgt, dass wir unsere Prinzipien und unsere Autonomie nicht für kurzfristige Ziele aufgeben können, da wir dadurch unsere Glaubwürdigkeit verlieren und unsere strategischen Ziele völlig aus den Augen verlieren.

Die Aufgabe des Moments ist es, Arbeiterinitiativen an der Basis zu organisieren, sowie Interventionen in die bereits existierende Wahllinke

vorzunehmen, um sie zu mehr Opposition zu zwingen. So können wir uns eines Tages in einer einzigen, unabhängigen Arbeiterpartei vereinigen. Die »Akcja Socjalistyczna« ist bereits in diesen Kampf involviert, auch wenn wir uns bewusst sind, dass es als kleine Organisation lange dauern wird. Dennoch müssen wir weiterhin für eine greifbare von den bürgerlichen Parteien unabhängige Alternative kämpfen.

Italien Wenn Rechte regieren

Bezüglich des Rechtsrucks ist die italienische Situation vielleicht eine der schlimmsten in Europa. Seit September 2022 wird die Regierung von Giorgia Meloni geführt, Mitglied der Partei »Fratelli d'Italia«. Diese beruft sich auch heute noch auf ihre faschistische Vergangenheit und trägt immer noch die dreifarbige Flamme im Symbol – ein altes faschistisches Zeichen. Die Regierung entpuppt sich

aufgrund fehlender Oppositionsarbeit im Parlament als Kriegstreiberin, die die Mittel für Gesundheits-, Schul- und Sozialwesen kürzt und die Armen allein lässt, während sie gleichzeitig die Militärausgaben erhöht und die Steuern für Reiche senkt. Von der wachsenden sozialen Ungleichheit lenkt sie ab, indem sie die Schuld bei Migrant*innen sucht. Palästinasolidarische Studierende lässt sie von Polizist*innen verprügeln. Durch die Einführung einer »autonomia regionale differenziata« wird den reichen Regionen erlaubt, ihre Ressourcen zu behalten, statt sie gleichermaßen auf das Land zu verteilen.

Es besteht die Gefahr, dass Italien aufgrund eines Mehrheitswahlsystems, das die meisten kleineren politischen Kräfte ausschließt, immer mehr zu einem autoritären Land wird. Gleichzeitig soll der Ministerpräsident die alleinige Entscheidungsmacht bekommen. Das alles geschieht auch aufgrund einer fehlenden linken Opposition. Seit Jahrzehnten werden Arbeiter*innen und Jugendliche von keiner politischen Kraft mehr vertreten, sodass fast 50 Prozent der Bevölkerung Nichtwähler*innen sind. Die linken Kräfte haben es noch nicht geschafft, die soziale Ungleichheit und Resignation in Klassenkämpfen münden zu lassen.

Darüber hinaus sorgt der Krieg in der Ukraine, oder Palästina für Unsicherheit und Angst. Einerseits, weil die Zahl derer auf der Flucht vor Angriffen und Massakern steigt, der Einsatz von Atomwaffen immer möglich ist, und andererseits der Krieg die Kosten für Energie und Grundbedürfnisse in die Höhe treibt. Das Bewusstsein für dieses Problem wird immer stärker und damit die Notwendigkeit, die Rechte zurückzuerobern, die uns durch jahrelange neoliberale Politik genommen wurden. Aus diesem Grund wird die »Rifondazione Comunista« zusammen mit anderen Kräften bei den Europawahlen im Juni mit einem Bündnis antreten, das den Titel »Pace, Terra e Dignità« (Frieden, Erde und Würde) trägt und dessen Hauptmerkmal die Ablehnung aller bewaffneten Konflikte ist. In der bevorstehenden Wahlkampagne werden wir versuchen, durch die Diskussion dieser Themen, Allianzen wiederherzustellen, insbesondere mit denen, die Frieden herstellen und ein besseres Leben für alle gewährleisten wollen, statt weiterhin dem Kapital zu dienen. Wenn wir Erfolg haben, wird dies auch ein kleiner Schritt sein, um den Vormarsch der Rechten in Europa zu bremsen.



Foto: by Çağlar Oskay on Unsplash

Krieg unter dem Schirm der EU

Liest man in den Medien über die Beziehung zwischen der Türkei und der EU, entsteht schnell der Eindruck von einem Paar in einer toxischen Beziehung. Trennen zu wollen scheint sich keiner von beiden, aber an öffentlicher Kritik und Anschuldigungen wird auch nicht gespart.

Türkei

Am 26. Juli 2023 wurde Nigers Präsident Mohamed Bazoum durch Im Rahmen der Beitrittsgespräche von Schweden zur Nato stellte die Türkei unter anderem die Forderung, dass mit ihrer Zustimmung zum Beitritt Schwedens auch die Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche der Türkei in die EU verbunden sein sollte. Dieser Forderung hat das Europäische Parlament unter Berufung auf fehlende demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte in der Türkei eine Absage erteilt. Parallel dazu gab es seit Dezember wieder vermehrt Angriffe der Türkei auf kurdische Städte. Dabei wurde vor allem zivile Infrastruktur zerstört. Für das Frühjahr hat der türkische Präsident Erdogan eine erneute Offensive zur endgültigen Vernichtung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angekündigt. Vonseiten der EU wird dieses Vorgehen kaum kritisiert und nicht unterbunden. Wie lässt sich diese Gleichzeitigkeit von Ablehnung eines EU-Beitritts und eine Duldung der kriegerischen Handlungen der Türkei erklären?

Im Kontext der Währungs- und Wirtschaftskrise der Türkei nähert sich die türkische Regierung wieder stärker der EU an. Obwohl auch an einer Stabilisierung der Ökonomie durch die Hinwendung zu nichteuropäischen Staaten gearbeitet wurde, ist den führenden türkischen Konzerne weiterhin klar, dass sie auf die Integration in den Wirtschaftsraum EU angewiesen sind.

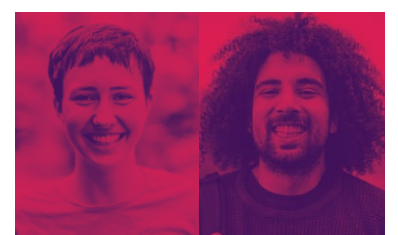
Auf der anderen Seite hat auch die EU konkrete Interessen an einer guten Beziehung zur Türkei: Die Türkei ist ein wichtiger »Sicherheitspartner«, da die Migrationspolitik der Festung Europa seit einigen Jahren darauf aufbaut, Flüchtende schon vor dem Erreichen der EU aufzuhalten. 2016 hat die EU ein Abkommen mit der Türkei geschlossen, damit diese die Menschen bereits an der türkischen Grenze aufhält. Auch als Handelspartner für Waffenexporte ist die Türkei wichtig für die EU: In den vergangenen Jahren ging beispielsweise regelmäßig ein Drittel der deutschen Waffenexporte an die Türkei. Außerdem verläuft eine Gaspipeline durch Kurdistan, über die irakisches Gas transportiert wird. Gerade im Kontext des Kriegs in der Ukraine hat die EU ein verstärktes Interesse an der Kontrolle dieser Region, um die

Energiesouveränität Europas sicherzustellen. Hinzu kommt, dass die Türkei den östlichen Rand der Nato in Richtung des Mittleren Osten und nach Zentralasien bildet – sie ist damit auch für die EU von strategischer Bedeutung.

Dieses aufeinander Angewiesensein hat Folgen: Die EU duldet nicht nur die Kriegshandlungen, sondern auch die immer härteren Repressionen gegen die Feindbilder, die die türkische Regierung propagiert. Oppositionelle und Medienschaffende werden an ihrer Arbeit gehindert und inhaftiert. Im Vorfeld der türkischen Kommunalwahlen am 31. März 2024 wurden die Zensur verstärkt und Razzien gegen die kurdische Opposition durchgeführt. Aber nicht nur in der Türkei erleben Kurd*innen Repressionen: In der EU ist die PKK seit 2002 als terroristische Organisation eingestuft und Kurd*innen werden in verschiedenen EU-Ländern verfolgt. In Deutschland sind die PKK und viele weitere kurdische Vereine und Verbände schon seit den 90ern verboten. Auch Länder, die lange Zeit eine liberale Gesetzgebung hatten, zeigt sich eine verschärfte Verfolgung. Im Rahmen des Nato-Beitritts Schwedens sind nach der Forderung der türkischen Regierung unter an-

derem kurdische Aktivist*innen an die Türkei ausgeliefert worden.

Die Politik der EU in Bezug auf die Türkei ist ausschließlich rhetorisch von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und der sogenannten feministischen Außenpolitik geprägt. In Wahrheit spielt eine sehr viel entscheidendere Rolle, dass die EU für die Durchsetzung ihrer geopolitischen Interessen und der Abschottung der EU gegenüber Migrant*innen auf die Türkei angewiesen ist. Die Leidtragenden dieser Politik sind vor allem Menschen, die durch die EU rhetorisch als schützenswert in den Fokus gerückt werden: Frauen und Queers, Oppositionelle und Kurd*innen. ★



Hanne, 24, und Ogi, 29, studieren beide Jura. Ogi stammt aus Hatay und ist in Teilzeit professioneller Bürgerschreck, Hanne war ein Jahr im SDS Bundesvorstand aktiv.

Sie sprechen von »Nie Wieder« und wollen den Krieg

Dieses Jahr jährt sich der Angriff der NATO auf Jugoslawien zum 25. Mal. Ein Blick in die Geschichte zeigt, welche geopolitischen und Kapitalinteressen der BRD dafür sorgten, den Angriff aktiv mitzutragen und wie die Antikriegspartei der 1980er – die Grünen – »mit Bauchschmerzen« zum ersten Mal als Kriegstreiberin agierte.

Am 24. März 1999 griffen NATO-Bomber Jugoslawien an, ohne UN-Mandat und unter Verletzung des Völkerrechts, des 2-plus-4-Vertrags und Artikel 26 des deutschen Grundgesetzes. Es war der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr, aber der dritte Angriff Deutschlands auf dem Balkan innerhalb eines Jahrhunderts. Der nach dem Anschluss der DDR wiedererstarke deutsche Imperialismus knüpfte an eine Tradition der seit Bismarck bestehenden Einflussnahme auf dem Balkan an und trieb in diesem Sinne den Zerfall Jugoslawiens voran.

Jugoslawien – ein »künstliches Gebilde«?

Schon die Nazis setzten während der Besetzung des Balkans darauf, mit ihrer absurden Rassenideologie und gezielter Ermordung von Widerstandskämpfer*innen die Bevölkerungen zu spalten. Ohne Erfolg: die Stärke der Partisan*innen, die maßgeblich zur Selbstbefreiung der Region beitrugen, beruhte unter anderem auf der Organisation über verschiedene politische und ethnische Gruppen hinweg. Die deutsche Politik der 90er Jahre unterstützte indes eine bewusste Eskalation der Feindseligkeiten auf dem Balkan.

Dies hat ökonomische Gründe: In den 60er Jahren avancierte die Bundesrepublik zum zweitgrößten Handelspartner Jugoslawiens und warb Arbeitsmigrant*innen mit Zwang

zur Remigration nach begrenzter Zeit an, während deutsche Unternehmen in Jugoslawien selbst zu Niedriglöhnen produzierten. Mit Krediten wurde eine wachsende Verschuldung gegenüber deutschen Gläubigern und dem Internationalen Währungsfonds herbeigeführt. Die sich verschärfenden Unterschiede zwischen den Regionen wurden zunehmend in nationalistischen Erklärungsmustern kanalisiert.

Die BRD: In jedem Fall der Gewinner

Die BRD profitierte vom Zusammenbruch des innerjugoslawischen Handels sowie von der Aufteilung, Liquidierung und Verschönerung vieler Unternehmen nach dem Zerfall Jugoslawiens. Heute sind die ehemaligen Teilrepubliken EU-Mitglieder oder haben Assoziierungsabkommen geschlossen, was ebenfalls vor allem für Deutschland als ökonomisch stärkste Kraft der EU profitabel ist. Geopolitisch dienen die heutigen NATO-Staaten als mögliches Bollwerk gegen Russland.

All diese Entwicklungen wären mit einem intakten Jugoslawien, das als blockfreier sozialistischer Staat mit entwickelter Industrie eine eigenständige Politik verfolgte, so nicht möglich gewesen. Wenig überraschend wurde die Zerschlagung in den 90er Jahren von der BRD vorangetrieben, die mit der Anerkennung und Unterstützung der sich abspal-

tenden Teilrepubliken vorpreschte, entgegen der Politik der USA und der Bemühungen internationaler Organisationen um eine friedliche Konfliktlösung.

Auch im Kosovo förderte die BRD die paramilitärische UÇK, die eine Abspaltung anstrebte. Hashim Thaçi, ehemaliger Ministerpräsident des Kosovo – 2020 wegen Kriegsverbrechen in den Jahren 1998-1999 angeklagt – verdeutlicht durch seine Rolle beim innenpolitischen Machtkampf und der militärisch-finanziellen Ausstattung der UÇK mittels deutscher und Schweizer Geldgeber die Bedeutung der Diaspora-Gemeinschaften in diesem Krieg.

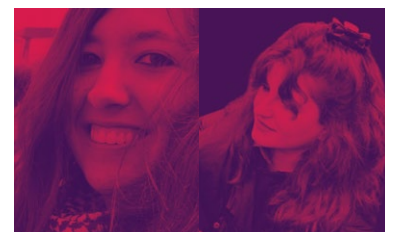
Als es 1998 zu Kämpfen zwischen der UÇK und der jugoslawischen Armee kam, drängte die BRD die USA zu intervenieren. Die Medien beeinflussten die öffentliche Meinung in Deutschland zugunsten einer militärischen Eskalation, indem sie Gräueltaten allein der serbischen Seite zuschrieben oder frei erfanden. Das Nichtunterzeichnen des Vertrags von Rambouillet durch Jugoslawien, der der NATO uneingeschränkter militärischer Zugang auf das Staatsgebiet sichern sollte, diente schließlich als Grund für den Angriffskrieg der NATO. Dieser forderte in 78 Tagen mehrere hundert zivile Opfer, zerstörte gezielt Industrie, Infrastruktur und Sendeanlagen des Fernsehens. Der Einsatz von Uranbomben hat bis heute gesundheitliche Folgen für den Kosovo und Südserbien. Die

schwerwiegendste Flüchtlingskrise ereignete sich daher erst 1998-1999, als hunderttausende Menschen flohen.

Wende der Grünen von der Antikriegspartei hin zu aktiven Kriegstreibern

Der Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurde von der Grün-Roten Regierung unter dem Deckmantel einer Menschenrechtsrhetorik beschlossen, die nicht vor bewusster Fehlinformation oder Holocaustrelativierung zurückschreckte.

Diese Politik der aktiven Kriegstreiberi setzt sich bis heute in diesen Parteien fort: Sie spalten Völker untereinander, befürworten militärische Eskalationen und verkaufen dies als »linkes« Projekt, sei es im Ukrainekrieg, in Gaza oder im ehemaligen Jugoslawien. ★



Silvie studiert an der Uni Leipzig Linguistik und rühmt sich damit, als Vierjährige einmal Flugblätter gegen den NATO-Angriff auf Jugoslawien verteilt zu haben.

Hana studiert an der Uni Frankfurt Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre und wünscht sich eine Balkanunion, wo alle Völker friedlich zusammenleben.

Die Bewegung ins Parlament bringen

Carola Rackete ist Spitzenkandidatin der Linken für die Europawahl. Als Ökologin arbeitete sie bereits zu klimapolitischen Themen, unter anderem in der Klimagerechtigkeitsbewegung. In ihrer Tätigkeit als Kapitänin der Sea Watch 3 war sie außerdem Teil der Seenotrettung im Mittelmeer. Die Erfahrungen ihres langjährigen Engagements innerhalb von politischen Bewegungen möchte sie nun mit ins EU-Parlament nehmen.



Carola Rackete

Du kommst ja aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, warum kandidierst du jetzt für die Linke?

Weil wir eine Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien brauchen. Wenn wir keine großen Bündnisse schaffen, haben wir keine Chance gegen Kapitalinteressen und Faschisten.

Ich kandidiere für die Linke und keine andere Partei, weil sie als einzige den aktuellen Rechtsruck nicht mitmacht und damit die Menschenrechte verteidigt. Weil sie als einzige Partei den Kapitalismus ablehnt und damit auch als einzige die Ursachen der Naturzerstörung klar benennt. Konsequenterweise nimmt die Linke auch keine Unternehmensspenden an.

In den sozialen Bewegungen gibt es zwar einiges an Skepsis gegenüber Parteien, aber angesichts des erstarkenden Faschismus, der extremen Ungleichheit und der Klimakatastrophe finde ich, dass wir den Staat als umkämpftes Feld nicht ignorieren können.

Ich kandidiere für das EU-Parlament, weil ich mich auch in anderen europäischen Ländern viel politisch engagiert habe und weil ein Großteil der Gesetze in Deutschland auf Richtlinien der EU basieren. Die EU ist also wichtig und gleichzeitig voll von Lobbyisten. Außerdem gibt es in der EU keine Brandmauer zwischen Faschisten und Konservativen. Mit dieser Wahl droht eine konservativ-rechte Mehrheit und damit fünf Jahre katastrophale Gesetzgebung aus Brüssel. Das können wir uns nicht leisten.

Welche Fähigkeiten hast du auf deinem bisherigen politischen Weg gelernt, die du in die Linke und in deine Arbeit im Europäischen Parlament einbringen möchtest?

Als professionelle Ökologin bringe ich vor allem Fachwissen zur Funktion von Ökosystemen mit, das ich im Umwelt- und im Agrarausschuss des Parlaments einbringen will. Wenn ich mir die jüngsten Entscheidungen im Parlament zur Pestizid-Reduktion oder zur Gentechnik anschau, erscheint mir dieses Wissen dort bitter nötig.

Durch meine öffentliche Verhaftung 2019 habe ich leider viel Öffentlichkeit erhalten, die ich nun versuchen will, verantwortungsvoll einzusetzen. In unserem Team haben wir viel Wissen über Öffentlichkeitsarbeit, das wir nutzen wollen, um transparent zu machen, was in der EU passiert, denn viele Leute bekommen das gar nicht mit.

Nicht zuletzt bringen wir Erfahrungen und Kontakte aus den sozialen Bewegungen mit. Wir wollen Stimmen aus Bewegungen hörbar machen und ihre Arbeitsweise weitertragen. Dort arbeiten wir konsensorientiert und versuchen, Hierarchien flach zu halten und sie stets zu hinterfragen. Das bedingt ein hohes Level an Selbständigkeit, gute Vorbereitung und eine Sorge füreinander. So versuchen wir in unserem Team zu arbeiten und ich glaube, dass das ebenfalls gut für die Arbeit einer Partei sein kann.

Welche Vision hast du für die Linke als eine Partei der ökologischen Klassenpolitik?

Ich bin selbst nicht Parteimitglied, deshalb will ich keine detaillierte Vision ausformulieren, denn die Mitglieder gestalten die Partei. Ich wünsche mir aber eine Linke, die nah an den Leuten ist, indem sie ihre Anliegen unterstützt und hilft sich zu organisieren. Aber nah an den Leuten zu sein heißt beispielsweise auch, dass Abgeordnete noch einen größeren Teil ihrer Bezüge und ihrer Nebeneinkünfte spenden müssen.

Dieses Geld könnte man nutzen, um Menschen im Alltag zu unterstützen. Zu guter Letzt finde ich eine Arbeiter*innenquote wie bei der PTB in Belgien und eine Mandatszeitbegrenzung wie bei der CUP in Katalonien wichtig, denn es soll nicht um persönliche Karriere gehen. Die Leute sollen sehen, dass es bei der Linken anders läuft als bei anderen Parteien. Inhaltlich finde ich die Positionen der Linken insbesondere in der Sozial- und Wirtschaftspolitik richtig, da der Gedanke an Umverteilung und Gemeinwohl nach vorne gestellt wird. Wagenknecht, Ernst und Co haben viel Vertrauen verspielt und es braucht nun viel Einsatz und Vermittlungsarbeit, um dieses Vertrauen wieder aufzubauen. Ich finde EineLinkeFürAlle.de trifft den Ton dafür: ehrlich, selbstkritisch, verbindend und hoffnungsvoll. Das finde ich eine gute Richtung für die Linke.

Welches aktuelle Projekt gibt dir Hoffnung auf einen grünen Sozialismus?

Die Kampagne #WirFahrenZusammen. Hier kommen Menschen aus Bewegungen, Betrieben und der Linken zusammen. Die Leute bewegen sich aus ihren Blasen heraus, schauen nach gemeinsamen Interessen und lernen sich über die gemeinsame politische Arbeit besser kennen. Das finde ich sehr inspirierend. ★

Das Interview führte Josina Heidel, SDS Hannover.

Nahverkehr auf Links drehen

Bundesweit läuft dieses Jahr die Tarifrunde Nahverkehr, in der alle ÖPNV-Fahrer*innen für einen Entlastungsvertrag streiken. Die Kampagne WirFahrenZusammen verbindet den Kampf der Kolleg*innen, um bessere Arbeitsbedingungen, mit dem der Klimabewegung, um Investitionen in grünen ÖPNV.

Es ist 3 Uhr am Freitagmorgen dem 02. Februar. Wir stürmen aus der gespenstisch menschenleeren Freien Universität heraus - völlig übermüdet - in Richtung des wartenden Solibusses. Der Fahrer hatte am Telefon gesagt, er würde nicht mehr lange warten. Am Ende schaffen wir es doch noch alle in den Bus. Unser Ziel: Betriebshof Cicerostraße zum Streikposten der BVG-Beschäftigten. Trotz unserer Müdigkeit sind wir vor allem aufgeregt - unsicher, ob man unsere Anwesenheit gutheißt wird. Nur eine Handvoll Beschäftigter erwartet uns vor dem verschlossenen Betriebstor. Die Wenigen empfangen uns aber recht herzlich. Wir werden erstmal mit reichlich Kaffee versorgt. Nach ein paar letzten Einweisungen ziehen wir unsere gelben Verdi-Westen mit WirFahrenZusammen (wFz) Aufdruck über. Dann gehts los. Wir stürzen uns ins Getümmel des sich füllenden Streikpostens.

ÖPNV gegen den Autos abstinken

An diesem Freitag ist der erste bundesweite Streiktag der TVN 2024 Runde. Die Beschäftigten im Nahverkehr kämpfen für einen Entlastungstarifvertrag, für bessere Arbeitsbedingungen. Überall im Land steht an diesem Tag der Nah-

verkehr still. Aber es ist kein Streiktag wie jeder andere. Wie bei uns am Betriebshof Cicerostraße stehen die Kolleg*innen an diesem Freitag nämlich nicht allein an den Feuer-tonnen - sie werden von hunderten verschlafener, aber hochmotivierter Klimaaktivist*innen von WFZ unterstützt. Der Verkehrssektor ist aus klimapolitischer Sicht nämlich eine Katastrophe. Seit den 90er Jahren wurden hier im Grunde keine CO2 Emissionen eingespart. Für eine ökologische Kehrtwende in diesem Bereich braucht es allerdings einen öffentlichen Nahverkehr, gegen den der motorisierte Individualverkehr in jeder Hinsicht abstinkt. Politische Alternativen wie eine Erhöhung der CO2-Steuer und die mittelfristige Orientierung auf Elektroautos, individualisieren die Transformationskosten, reproduzieren Klassenprivilegien und treffen die untersten Klassen am härtesten. Also ÖPNV massiv ausbauen. Dafür braucht es aber nicht nur Investitionen in Infrastruktur und Fahrzeuge, sondern vor allem in die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Schon heute sind bundesweit 80.000 Stellen unbesetzt. Eine Verdopplung des ÖPNV bis 2030 angesichts dessen völlig unrealistisch.

Aus diesem Grund stehen am 02.02 alleine in Berlin etwa 180 Klimaaktivisti, die meisten davon Studierende,

mitten in der Nacht am Streikposten und sprechen mit Busfahrer*innen über ihren Arbeitsalltag, und warum wir gemeinsam kämpfen sollten. Was die Beschäftigten fast alle eint, ist der Eindruck, seit Jahren verarscht zu werden. Manche sind seit 30 Jahren dabei, kurz vor der Rente und blicken auf ein Arbeitsleben voller Niederlagen und schmerzhafter Einschnitte zurück: Arbeitszeitverdichtungen, Reallohnverluste, Defensivkampf um Defensivkampf. Einige wirken resigniert und sind wenig auskunftsbereit. Andere verbinden die fehlenden Investitionen mit vermeintlich faulen Bürgergeldempfänger*innen und Geflüchteten.

Klima-turn beim Arbeitskampf

Es ist wahrlich kein einfaches Feld und doch gibt es Lichtblicke. Die meisten Beschäftigten sprechen nach anfänglichem Misstrauen offen mit uns über ihre alltäglichen Sorgen, den Stress auf der Arbeit und was sich dringend verbessern müsste. Einige zeigen am Ende dieser Gespräche Interesse am gemeinsamen Klimastreik am 01.03. Es kommt an diesem Tag häufiger vor, dass die Kolleg*innen von sich aus nochmal das Gespräch suchen. Wir tauschen Nummern aus, treffen Verabredungen und brüllen gemeinsam:

»Heute ist kein Arbeitstag! Heute ist Streiktag!«

Der Eindruck des ersten Streiktag verfestigte sich an folgenden Streiktagen: Der Weg zum politischen Streik für grünes Gemeinwohl ist steinig und weit. Die Klasse ist in weiten Teilen demobilisiert, der Gewerkschaftsapparat arbeitet schleppend und keine Massen begaben sich auf die Straße. Dennoch hat in den vergangenen Monaten ein relevanter Teil der Klimabewegung eine klare klassenpolitische Ausrichtung entwickelt. Studis sind aus ihrer linksliberalen Wohlfühlbubble ausgebrochen und haben einen leibhaftigen Eindruck vom Stand der Klassenkämpfe in Deutschland gewonnen. Zahlreiche Beschäftigte haben sich politisiert und meinen es verdammt Ernst damit, ihre Gewerkschaft neu aufzubauen und kampfbereit zu machen. Dieser Kampf hat gerade erst begonnen. Wenn wir gewinnen wollen, müssen wir durchhalten. Es lohnt sich! ★

Jonas Schwarz studiert in Berlin Philosophie und setzte seinen Arbeitsschwerpunkt zuletzt auf den Aufbau einer bundesweiten wFz-Hochschulvernetzung.





Foto: by Kevin Woblick on Unsplash

»Man bereitet sich auf neue Kriege vor«

Die EU-Abgeordnete Özlem Alev Demirel zum neuen Militarismus in Deutschland und der EU, der Indienstnahme der Hochschulen und was wir heute von Rosa Luxemburg lernen können.



Özlem Alev Demirel (CC Lennart Diesen)

Özlem, vor dem Hintergrund der geopolitischen Eskalation seit Beginn des Ukrainekriegs findet hierzulande eine massive Aufrüstung auf Kosten der Bevölkerung statt. Wie zeigt sich das auf EU-Ebene und welche Rolle spielt Deutschland dabei?

Schon seit langem gibt es die Idee der Militärunion. Mit der Verunsicherung, die es mit Russlands Überfall auf die Ukraine gab, wurde die Gelegenheit genutzt und immer mehr in dem Bereich durchgesetzt. Der EU-Industriekommissar spricht schon offen vom Aufbau einer Kriegswirtschaft. Der militärisch-industriellen Produktion soll bei Bedarf Vorrang vor ziviler gegeben wird. Milliarden werden in den Rachen der Rüstungsindustrie geschmissen, Kredite aufgenommen, um immer mehr Kriegsgerät herzustellen. Die robuste Konfrontation großer Weltmächte ist im vollen Gange. Laut Frau von der Leyen müsse die EU deutlich machen, dass sie bereit und gewillt ist, ihre Interessen in aller Welt auch militärisch durchzusetzen. Das wird offen ausgesprochen: Wir steuern auf kriegerische Zeiten zu. Damit es nicht so weit kommt, braucht es eine starke Friedensbewegung.

Nach Äußerungen von Donald Trump wird in Europa aktuell eine atomare Aufrüstung diskutiert, um sich aus der militärischen Abhängigkeit der USA zu lösen. Welche strategische Bedeutung hat die Atombombe für die EU und für Deutschland?

Ich möchte gern jedem den oscar-prämierten Film »Oppenheimer« empfehlen. Ich glaube aus seiner Geschichte und Biografie kann man sehr viel lernen. Vom federführenden Entwickler zum klaren Gegner. Von Befürwortern des deutschen Militarismus und Großkapitals gibt es schon immer den Wunsch, eine Atommacht zu sein. Als Wirtschaftsmacht möchte man auch Militärmacht sein können. Die Situation wird genutzt, um das weiter zu forcieren und auf europäischer Ebene durchzusetzen. Bei der Atomdebatte geht es um die Verschiebung des Sag- und Machbaren. Verhandlungen zur Beteiligung am französischen Atomwaffenarsenal laufen schon länger hinter den Kulissen. Frau Barley hat das öffentlich ausgesprochen und bekam deshalb die Rüge, dass diese Debatte nicht in die Öffentlichkeit gehöre. Bisher ist Frankreich beispielsweise nicht gewillt, die eigene Atommacht in der EU zu teilen. Einig sind sich Deutschland und Frankreich als EU-Führungsmächte, den militärisch-industriellen Komplex massiv auszubauen und den Binnenmarkt zu nutzen. Auch dahinter stecken Profitinteressen- unmittelbar die der Rüstungsindustrie, aber nicht nur. Die militärischen Fähigkeiten sollen ausgebaut werden, um Handelswege, Zugang zu Ressourcen und Absatzmärkte zu sichern.

Ich glaube nicht, dass die Bevölkerung möchte, dass es für Kapitalinteressen Kriege gibt.

An den Hochschulen sammelt sich bereits die Zivilklauselbewegung zum Kampf gegen die Indienstnahme für den Krieg (S. 19). Die Angriffe auf die Klausel nehmen zu. Erst kürzlich sprach sich Wirtschaftsminister Habeck für mehr Militärforschung nach dem Beispiel der USA und Israel aus. Welche Rolle spielen die Hochschulen für die Aufrüstungspläne?

Hier werden Milliardenbeträge für den rüstungsindustriellen Komplex verschwendet und der Militarismus soll dort verankert werden, wo sich der intellektuelle Geist der Bundesrepublik aufhält – an den Hochschulen. Die Kooperation zwischen Rüstungsindustrie, Bundeswehr und Universitäten soll ausgeweitet werden. Das ist brandgefährlich! Nicht nur, weil neue Waffensysteme geschaffen werden, sondern weil eben der Militarismus gesellschaftsfähig gemacht werden soll. Selbst an Schulen soll man Kinder und Jugendliche neuerdings auf Kriege vorbereiten. Alles und Alle sollen sich auf neue Kriege vorbereiten, deshalb muss der Protest dagegen auch an den Universitäten stattfinden. Wir wollen Forschung für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und nicht für Kriegsgerät!

Es gibt einige Menschen, die nicht mit der Rolle mitgehen, die Deutschland in der Ukraine oder in Gaza spielt. Wie ist Deine Einschätzung zur Rolle Deutschlands in diesen Kriegen?

Man verkauft uns die Waffenlieferungen an die Ukraine als Solidarität mit dem angegriffenen Volk. Aber NATO und EU verfolgen in der angeheizten Konkurrenz mit dem imperialen Rivalen Russland eigene geopolitische Interessen. Der Krieg ist ein Stellungskrieg, für den es keine militärische Lösung gibt. Egal in

welchem Krieg, auch in der Ukraine sterben insbesondere die Armen und die Arbeitenden. Mit Blick auf Gaza schaut Deutschland nicht nur tatenlos bei den Kriegsverbrechen und Massakern an den Palästinensern zu, sondern verzehnfachte sogar die Waffenlieferungen an Israel. Die Forderung nach einem Waffenstillstand wird abgelehnt. Selbstverständlich hat Deutschland mit dem Holocaust eine besondere Verantwortung, aber was hier passiert hat nichts mit dem Kampf gegen Antisemitismus zu tun, sondern Zuschauen bei neuem Unrecht. Beide Kriege müssen endlich beendet werden. Es braucht diplomatische Maßnahmen für einen nachhaltigen und dauerhaften Frieden im Nahen Osten und Europa.

Was ist unsere Rolle als Linke in Deutschland?

Wir müssen eine starke Friedensbewegung aufbauen und deutlich machen, dass es sich bei diesem innerimperialen Machtkampf nicht um gerechte Kriege handelt, sondern um Machtkämpfe auf dem Rücken der Völker. Wir müssen Militarismus eine Absage erteilen und Einstehen für Völkerfreundschaft, Gerechtigkeit und Frieden.

Manfred Weber, der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien im EU-Parlament, sagte in der letzten Plenarsitzung: »Wer den Krieg verhindern will, muss den Krieg vorbereiten.« Ich sage, wer den Krieg vorbereitet, wird Krieg bekommen. Wer den Krieg verhindern möchte, muss in Frieden investieren. Wir als Linke müssen deutlich machen, dass das, was sie uns als Sicherheit verkaufen, das Gegenteil ist, dass das, was sie uns als Freiheit verkaufen, nichts mit Freiheit zu tun hat. Krieg ist das Gegenteil von Freiheit. ★

Das Interview führte Luca Groß, SDS Frankfurt am Main.

Kriegstüchtig? – Friedensfähig!

Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten! Wir sind alle gefordert, wenn es um den Kampf um die Hochschulen geht. Ein Bericht vom bundesweiten Zivilklausel-Kongress am 16. und 17.03. in Frankfurt am Main.

Über 60 Studierende, Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen und Friedensaktivist*innen versammelten sich am vergangenen Wochenende an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, um beim bundesweiten Zivilklausel-Kongress Lösungen gegen die Militarisierung der Wissenschaften zu erörtern. Zivilklauseln, die freiwillige Selbstverpflichtung von Universitäten nur zu friedlichen Zwecken zu forschen, geraten immer mehr unter Druck. Daher wurde die Veranstaltung von der Initiative »Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel« in Zusammenarbeit mit der hessischen Landes-ASTen-Konferenz, der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK), dem Studierendenverband DieLinke.SDS und anderen organisiert. Gastgeber war der SDS Frankfurt am Main und die kürzlich gegründete Zivilklausel Initiative vor Ort.

Den Auftakt gab ein Podium mit Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung und mit Wolfgang Liebert von der Universität für Bodenkultur Wien. Marischka betonte die zunehmende Militarisierung des Forschungsprozesses und die Umwandlung ziviler Projekte in militärische. Liebert vertiefte das Thema und wies auf die Dual-Use-Problematik hin, die beschreibt, dass zivile Forschung auch

für militärische Zwecke genutzt werden kann. Beide betonten die Notwendigkeit strengerer Leitlinien und mehr Aufklärung über Zivilklauseln an Hochschulen. Sowohl zum Abschluss des Podiums als auch in der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es nicht nur um die Verhinderung von »Missbrauch« der Forschung geht, sondern vielmehr auch um die Fragestellung, welchen positiven Zwecken die Forschung dienen sollte. In diesem Zuge wurde die grundlegende Frage aufgeworfen, die sich durch den ganzen Kongress zog: Für was ist Wissenschaft da und welche Wissenschaft wollen wir?

In einer anschließenden Berichterunde wurden die lokalen Kämpfe vorgestellt und diskutiert. Ein Kommilitone der hessischen Initiative »Hände weg von der Zivilklausel« berichtete vom Offenen Brief aus Hessen zum Erhalt der Zivilklausel und der erfolgreichen Mobilisierung von Professor*innen und Unterstützer*innen für die Beibehaltung der Klauseln. Ebenso thematisiert wurden die erschreckenden Entwicklungen in Bayern, wo ein Gesetz zur Kooperation von Schulen und Hochschulen mit der Bundeswehr in Planung ist. Besonderes Augenmerk lag auf den Entwicklungen in diesen beiden Bundesländern, allerdings wurde im Verlauf deutlich, dass sich die Auseinandersetzungen

langsam auf das gesamte Bundesgebiet ausweiten. So berichtete eine Kommilitonin aus Köln vom kürzlich gestellten Antrag der AfD-Landtagsfraktion, der die Streichung der verbleibenden Zivilklauseln in Nordrhein-Westfalen fordert.

Zum Abschluss des ersten Tages wurde der Film »Les Jours Heureux« (dt. »Die glücklichen Tage«, 2013) gezeigt. Der Dokumentarfilm handelt von den Bemühungen des 1943 gebildeten Conseil National de la Résistance (CNR), der im Untergrund agierte und ein revolutionäres Programm zur Befreiung Frankreichs von der faschistischen Okkupation und zur sozialen Neugestaltung der Gesellschaft verabschiedete. Dieses Programm, das bis heute die strukturellen Grundlagen des französischen Staatswesens prägt, steht als lebendiges Beispiel für den unermüdelichen Einsatz für Freiheit, Frieden und soziale Gleichheit.

Der Sonntag begann mit einem Podium über Wissenschaftsfreiheit und ihren antifaschistischen Gehalt im Grundgesetz. Das Schluss-Panel beschäftigte sich mit dem Thema der konkreten Rolle der Hochschulen zur Herstellung der Friedensfähigkeit. Hier wurde die Geschichte von Wissenschaftskooperationen für Frieden und Umweltschutz seit dem Kalten Krieg von Jürgen Schefran (Uni Hamburg) beleuchtet und

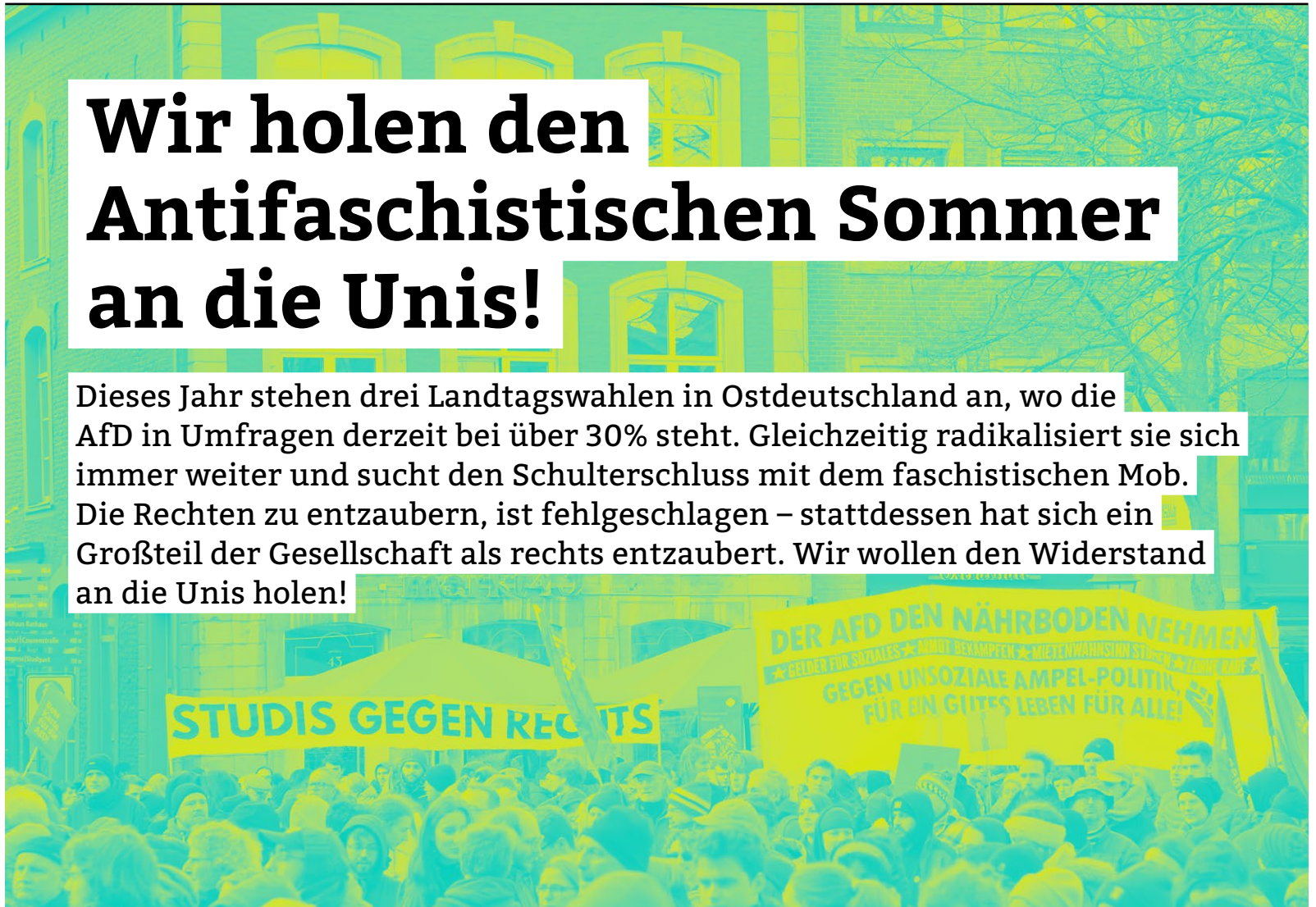
die Bedeutung einer aktiven Rolle der Wissenschaftler*innen für den Frieden von Andreas Keller (GEW) betont. In der Abschlussdiskussion wurde deutlich, dass es in unserer Hand liegt, eine positive Auslegung der Wissenschaftsfreiheit und des Grundgesetzes durchzusetzen. In den kommenden Monaten werden wir alle gefragt sein, wenn es um den Kampf um unsere Zivilklauseln geht! Der Kongress schloss mit einer Aktionsplanung, die darauf abzielt, die Debatten in die Hochschulgremien und Zivilklausel-/Friedensbewegungen vor Ort zu tragen. Des Weiteren wird eine Aktion zur kommenden Hochschulrektorenkonferenz am 13./14.05. in Fulda geplant. Mehr Informationen dazu gibt es auf www.zivilklausel.de. ★



Die Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ hat sich im Mai 2011 gegründet. In ihr setzen sich Gewerkschaften, Studierenden- und Wissenschafts- sowie Friedensorganisationen für zivile Hochschulen als Ort für Studien, Lehre und Forschung ein. Den Bericht schrieb Ari (SDS Frankfurt am Main)

Wir holen den Antifaschistischen Sommer an die Unis!

Dieses Jahr stehen drei Landtagswahlen in Ostdeutschland an, wo die AfD in Umfragen derzeit bei über 30% steht. Gleichzeitig radikalisiert sie sich immer weiter und sucht den Schulterschluss mit dem faschistischen Mob. Die Rechten zu entzaubern, ist fehlgeschlagen – stattdessen hat sich ein Großteil der Gesellschaft als rechts entzaubert. Wir wollen den Widerstand an die Unis holen!



Universitäten sind Orte der Ideologieproduktion, Räume des Ringens um Kräfteverhältnisse, die wir entschieden gegen rechte Raumnahme verteidigen werden. Die Uni ist zudem ein Raum zur Bildung eines kritischen Bewusstseins und ein Ort, an dem alle Menschen, unabhängig von Nationalität, Geldbeutel oder Gender, partizipieren sollen. Wir wollen in einer Stadt leben und in einer Uni studieren, in der sich FLINTA*(Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinäre, Trans und Agender Menschen), Queere, Menschen mit Behinderung sowie People of Colour sicher fühlen können. All diese Werte tritt die AfD mit Füßen. Die AfD ist eine handfeste Bedrohung für demokratische, widerständige und plurale Universitäten.

Die Universitäten als Teil der Brandmauer

Deswegen wollen wir die riesige Anti-Rechts-Bewegung, die seit den Enthüllungen der correctiv-Recherche die Straßen zurückerobert hat, auch an die Unis bringen – indem wir das **Antifaschistische Sommersemester** ausrufen! Bundesweit wollen wir das Zeichen senden, dass sich die Studierendenschaften entschieden gegen den Rechtsruck stellen.

Auf unserem Campus gibt es keinen Platz für rechte Profs, AfD-Anhänger*innen und rassistische Hetze. Stattdessen fordern wir eine Selbstverpflichtung der Universitäten, sich als Teil der Brandmauer gegen Rechts zu bekennen und jegliche Kooperation mit der AfD auszuschließen. Damit wollen wir auch der derzeit ungebremst voranschreitenden Normalisierung der AfD etwas entgegensetzen – denn mit einer rechts-extremen, zum Teil von Faschisten geführten Partei spricht man nicht, man blockiert sie! Dementsprechend sehen wir es ebenso als unsere Aufgabe, als Studierende Massenaaktionen gegen die AfD zu unterstützen und mitaufzubauen – egal ob am Campus, gegen Nazi-Aufmärsche oder bei AfD-Parteitag. Denn je mehr Menschen sich der AfD und dem rechtsextremen Mob widersetzen, umso deutlicher wird es, dass die AfD keine Partei wie jede andere ist. Gleichzeitig können diese Momente der Beginn einer DIY-Verbotsskulpture gegen die AfD sein, in der wir ihr eigenständig den Raum nehmen.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass breiter Protest gegen die AfD nicht ausreicht, um sie langfristig zu schlagen und der Politik, die ihrem Aufstieg den Nährboden bereitet, eine radikal andere, solidarische,

und wirklich demokratische Alternative entgegenzusetzen. Daher sehen wir es auch als unsere Aufgabe, zu der Bildung eines antifaschistischen Bewusstseins beizutragen, welches entgegen einem liberalen Verständnis der »Verteidigung der Demokratie« (die oft gar nicht so demokratisch ist) auch die Ursachen für den Aufstieg der Rechten in den Blick nimmt – und bekämpft. Mit ihrer derzeitigen Politik leistet auch die Ampel-Regierung der völkischen Ideologie Vorschub: indem Seenotrettungen weiter kriminalisiert, Einbürgerungsverfahren kompliziert und Asylanträge erschwert werden. Mit ihrer Sparpolitik schürt sie soziale Abstiegsängste, die sich derzeit in erster Linie die extreme Rechte zunutze macht.

Antifaschismus als Klassenpolitik

Es ist völlig klar, dass Antifaschismus keine Aufgabe für ein Semester ist: Es ist unsere historische Verantwortung, den Aufstieg der AfD und eine erneute Machtergreifung der Faschisten zu verhindern. Doch solange wir im Kapitalismus leben, wo Konkurrenzlogik und Ausbeutung herrschen, besteht die Gefahr, dass faschistische Ideen erfolgreich


sind. Darum gehört der Kampf gegen den Faschismus untrennbar mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zusammen. Die extreme Rechte ist vor allem dann erfolgreich, wenn Klassenpolitik an Relevanz und Sichtbarkeit verliert und Klassenbewusstsein durch eine »exklusive Solidarität« (Klaus Dörre) ersetzt wird. Darum ist es elementar, dass wir Momente schaffen, in denen Klassensolidarität erfahrbar wird – sei es beim Streikposten am Betriebstor, bei gemeinsamen Protesten im Viertel, wenn unsere Nachbar*innen abgeschoben werden sollen, oder in der Massenblockade gegen die AfD. Der Gefahr eines erneuten Aufstiegs des Faschismus müssen wir uns entschieden entgegenstellen – gemeinsam, vielfältig und entschlossen, für eine Gesellschaft, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Karl Marx). ★

Nathalie will weder in den Untergrund noch ins Exil und setzt sich deswegen für eine stabile Brandmauer an den Unis und darüber hinaus ein.



Solidarität mit Palästina ist kein Antisemitismus

In Deutschland ist an Hochschulen ein Kampf um Meinungsfreiheit entbrannt. Entgegen dem Antisemitismusvorwurf und der Repression, stellen Studierende zunehmend Deutschlands bedingungslose Unterstützung Israels beim Begehen von Völkerrechtsverstößen in Frage. An mehreren Universitäten organisieren sich deshalb Studierende.



Deutsche Universitäten haben sich im Zuge des 7. Oktobers und der israelischen Bombardierung und Bodenoffensive in Gaza zumeist wenig ausgewogen geäußert. Als Antwort auf diese undifferenzierte Positionierung kam es in den letzten Monaten vermehrt zu studentischen Protesten. Pro-Palästinensische Studierende sind seither noch mehr als zuvor an deutschen Universitäten extremer Repression und Zensur ausgesetzt.

Unkritische Universitäten

Offiziell begründet wird dies mit dem Kampf gegen Antisemitismus. Werkzeug, um den Vorwurf des Antisemitismus aufrechtzuerhalten, ist die Instrumentalisierung der Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Die Mehrheit der deutschen Universitäten nimmt eine zunehmend unkritische Haltung gegenüber dem Staat Israel ein und nutzt diese Arbeitsdefinition vor allem dafür, palästinensische, jüdische, israelische und arabische Studierende und Forschende, Repression, Diskriminierung und Verleumdung auszusetzen. Dafür können zahlreiche Beispiele aus den letzten Monaten angeführt werden.

Im Dezember versuchten etwa die Students for a Free Palestine, ein Zusammenschluss von Studieren-

den aller Glaubensrichtungen, an der FU Berlin einen Hörsaal zu besetzen. Ziel der Besetzung war es »ein sicheres Umfeld für das Lernen, den Austausch und die Vereinigung gegen den andauernden Völkermord zu schaffen«. Die Aktion wurde von Personen gestört, die sich gegenüber den Protestierenden aggressiv verhielten und Plakate von ermordeten palästinensischen Kindern herunterrissen. Die Universität rief schließlich die Polizei, und über 100 Beamte führten die an der Besetzung beteiligten Studenten gewaltsam ab.

Eine weitere Stufe der Eskalation stellte im Januar die Entscheidung der Universität zu Köln dar, einem Studierenden Hausverbot für zwei Tage auszusprechen. Hintergrund war der Auftritt des israelischen Botschafters Ron Prosor, der von der Universität eingeladen wurde. Laut Rektor sei zu befürchten, dass der Student bei der Veranstaltung »den vorgesehenen Veranstaltungsrahmen zugunsten von verbalen oder körperlichen Aktionen überschreiten könnt[e]«. Als angebliche Beweise für die ausgehende Gefahr wurden Instagram-Posts referenziert, die er likte oder in seiner Story teilte.

Repression und Raumentzug

Der jüngste Höhepunkt der politisch motivierten Repression ist nun der Beschluss der 73. Mitgliederver-

sammlung des Freien Zusammenschlusses von Studierendenschaften (fzs) in Erfurt Anfang März mit dem Titel »Aufforderung an die Hochschulleitungen gegen Antisemitismus vorzugehen und Juden:Jüdinnen vor Übergriffen zu schützen«. Dieser Antrag widmet sich formal dem Kampf gegen Antisemitismus, ist aber in seiner politischen Intention klar gegen alle Personen, Organisationen und Wissenschaftler*innen gerichtet, die sich kritisch zum Krieg und andauernden Genozid in Gaza äußern. Die Linke.SDS und die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, lehnten diesen Angriff in einer Pressemitteilung ab. Ortsgruppen des SDS mussten in der Vergangenheit mit dem Entzug von universitären Räumen für selbst organisierte Bildungsveranstaltungen und Filmabende zum Thema Israel/Palästina und Deutschlands Nahostpolitik kämpfen.

Die Repressionen, Raumnahme und Brutalisierung der politischen Realitäten an Universitäten schaden allen. Die Konsequenz sind sich verschärfender Rassismus und Antisemitismus. Alle Studierenden tragen Verantwortung dafür, betroffene Kommiliton*innen, effektiv vor Diskriminierung zu schützen. Aus diesem Grund sollte die IHRA-Definition durch die Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus ersetzt werden. Kenneth Stern war 2004 federführend in der Formulierung ersterer. Er erklärt, die IHRA-Defi-

inition sei geschaffen worden, um Regierungen bei der Erhebung von Daten über Antisemitismus zu unterstützen. Die Definition »wurde nicht entworfen und war nie als Instrument gedacht, um die Rede auf einem College-Campus ins Visier zu nehmen oder zu unterbinden«.

Jüdisches Leben in Deutschland muss geschützt werden. Es darf jedoch nicht für rassistische Überzeugungen und imperialistische Interessen der Bundesrepublik instrumentalisiert werden. Während über 93 Prozent der antisemitischen Gewalttaten von Neonazis ausgeht, wird eine kollektive Schuld auf migrantische Menschen projiziert, die Antisemitismus importiert hätten. Inmitten der Rufe nach »Remigration« und »Abschiebungen im großen Stil«, sollten Studierende, die sich für Menschenrechte, Freiheit und Leben unabhängig von Ethnie und Konfession einsetzen, der Beweis sein, dass »Nie wieder« keine leere Floskel bleibt, sondern universell gilt. Die vollständige Version dieses Artikels findet ihr auf www.critica-zeitung.de. ★

Shirin hat bis vor kurzem in Leipzig studiert, wo sie beim SDS aktiv war, und ist jetzt bei Sozialismus von unten organisiert.

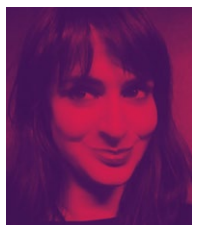




Foto: by Ed Robertson on Unsplash

Faschismustheorien und -debatte

zwei Buchempfehlungen für den nächsten Lesekreis

Ist der Faschismus ein Führerkult? Eine Spielart des Nationalismus oder des Totalitarismus? Eine Mittelstandsbewegung? Eine Massenhysterie? Eine Waffe des Monopolkapitals? Ein Bündnis verschiedener Gruppen zum Erhalt des Kapitalismus? Gar eine rabiate Modernisierungsbewegung rückständiger Staaten? Oder eine Destruktivkraft zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Kriegsführung? Diesen Fragen gehen verschiedene Publikationen nach.

Reinhard Kühnl gibt in seiner Vergleichsstudie aus dem Jahr 1990 zwischen bürgerlichen und sozialistischen Faschismustheorien einen guten Überblick über Vorstellungen zum Faschismus, ihren Erkenntniswert, aber auch ihre Grenzen und Fehler. Er verweist dabei auf das Problem, dass »viele Theorien über den Faschismus darauf beruhen, dass sie nur eines dieser Probleme relativ willkürlich herausgreifen und daraus das Wesen des Faschismus abzuleiten versuchen.«

Kühnls Einführung über gesellschaftliche Funktionen von Wissenschaft bildet eine gute Grundlage für kritisch-wissenschaftliches Arbeiten allgemein. Im Schlussteil setzt er sich mit der Aktualität des Faschismusproblems, mit Diktaturen in der globalen Peripherie und faschistischen Bewegungen in kapitalistischen Kernländern ausei-

inander. Auch nach 30 Jahren immer noch lesenswert!

Einen aktuellen Beitrag stellt Ekkehard Lieberams »100 Jahre Faschismusdebatte« dar. Dieses Buch beinhaltet eine kompakte Darstellung linker Positionen zu Ursachen, Wesen und Formen des Faschismus. Schwerpunkt ist die Diskussion der Kommunistischen Internationalen während der 1920er und 1930er Jahren. Ein Kernargument spiegelt das Zitat August Thalheimers wider: »Die Rolle der bürgerlich parlamentarischen Parteien (...) bei der Vorbereitung des Faschismus besteht nicht darin, dass sie sich selbst in Elemente der faschistischen Partei verwandeln, sondern darin, dass sie den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und dadurch die Entstehung einer faschistischen Partei begünstigen«. Auch den Faschismusdebatten im Zuge des Ukraine-Kriegs räumt Lieberam Platz ein, was zum Nachdenken anregt.

Kühnl, Reinhard: Faschismustheorien. Ein Leitfaden, Distel-Verlag, Heilbronn 1990.

Lieberam, Ekkehard: 100 Jahre Faschismusdebatte, Pad-Verlag, Bergkamen 2023.

Benni studiert Ästhetik in Frankfurt am Main und findet nichts schöner als den Frieden.



Foto: CC Ron Gückel

Brauchen wir wirklich noch einen Nazi-Film?

Erster Impuls: Nein. Nach dem Kinobesuch von »The Zone of Interest«: JA!

»The Zone of Interest« zeigt das Leben des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß und seiner Familie. Höß schuf sich und seiner Familie ein paradiesisches Zuhause, angrenzend an die Hölle des Konzentrationslagers Auschwitz. Großes Haus, Bedienstete, Pool und Gewächshaus im riesigen Garten – den fünf Kindern und Ehefrau Hedwig, der »Königin von Auschwitz«, fehlt es an nichts. Bedrückend sind die gezeigte Alltäglichkeit und das Banale im Leben der Familie Höß im krassen Gegensatz zur grausamen Geräuschkulisse von der anderen Seite der Lagermauern: Die Kinder spielen, während wenige Meter entfernt Menschen erschossen werden; das Ehepaar lacht gemeinsam vor dem Schlafengehen, während aus dem Schornstein des Krematoriums neben dem Haus die Flammen schlagen und der Feuerstein die Zimmer im Obergeschoss erhellt. Das Leid bleibt – abgesehen von der grausamen Geräuschkulisse aus Schüssen, Hundegebell, Rufen des Wachpersonals und den Schreien der Gefangenen – hinter den Mauern des KZs verborgen. In allen Situationen scheint die Familie die Geräusche und das damit verbundene Leid nicht einmal mehr

wahrzunehmen.

Die sparsam, aber passgenau eingesetzte Filmmusik und die spezielle Kameraführung durch im Haus eingebaute ferngesteuerte Kameras lassen in Verbindung mit einer gewissen Improvisation der Schauspieler*innen ein Unwohlsein zurück. Das Publikum beobachtet und wird so zur Kompliz*in gemacht. Genau das ist das Ziel des Regisseurs Jonathan Glazer: nicht ein weiteres Mal die Geschichte der Opfer oder Täter zeigen, sondern die der Zuschauer*innen, die die grausamen Taten der Nazis beobachtet haben. Er fragt mit seinem Film, wie es möglich ist, danebenzustehen und den Gräueltaten der Faschisten zuzuschauen.

Trotzdem: Genau so wenig, wie uns »Barbie« den Feminismus gebracht hat, bringt uns »The Zone of Interest« den Antifaschismus und ein gelebtes »Nie wieder!«. Stattdessen werden wir nur durch konsequentes Blockieren von Rechten und ihrer politischen Hetze vorankommen.

Lena-Johanna Schmidt hat ihr Studium zwar vor Ewigkeiten abgeschlossen, zeckt sich aber trotzdem seit vier Jahren immer wieder in die Redaktion ein, weil sie ihr Herz an die critica verloren hat.



Foto: CC ROOMMAN

Green Border

Eine Kinoempfehlung für starke Nerven

»Green Border« liefert den Zuschauer*innen drei verschiedene Perspektiven auf die humanitäre und politische Katastrophe an der polnisch-belarussischen Grenze. Schauplatz des Films ist die Grenze zu Belarus im Osten Polens. Eine eher ländliche Region – der Wald erstreckt sich entlang der 180 km langen Grenze, die komplett von Grenzzäunen abgeriegelt ist. Einerseits wird die Geschichte einer syrischen Familie und einer älteren Frau aus Afghanistan erzählt, die in der Grenzregion der Gewalt der polnischen und belarussischen Grenzbeamten ausgeliefert sind. Pushbacks sind in beiden Ländern gängige Praxis. Im Wald ist es kalt, es gibt keine Lebensmittel, keine medizinische Versorgung und die Arbeit der polnischen Hilfsorganisation »Grupa Granica« wird durch Repressionen erschwert. Die zweite Perspektive, die der Film zeigt, ist die eines jungen polnischen Grenzbeamten, den Zweifel an seiner Arbeit plagen, der aber seinen Job nicht aufgibt. Wenn er unbeobachtet ist, hilft er in einigen Momenten des Films Menschen auf der Flucht, aber bis zum Ende bleibt er Grenzbeamter und damit Teil eines gewaltvollen und mörderischen Systems. Zuletzt zeigt der Film die Arbeit der Aktivist*innen von »Grupa Granica«, die Geflüchtete im Wald mit Essen und medizinischer Versorgung unter-

stützen. Besonders spannend ist der andauernde Streit zwischen zwei Schwestern in der Gruppe. Eine von beiden ist dafür, dass sich die Gruppe klar an die legalen Grenzen ihrer Arbeit hält, um Repressionen zu vermeiden. Nicht nur einmal muss die Gruppe deshalb Menschen im Stich lassen, die dann wieder in die Gewalt der Grenzbeamten geraten. Ihre Schwester und andere Mitglieder der Gruppe gehen deshalb einen radikaleren und riskanteren Weg, um Menschen im Wald zu retten.

Die Aktivist*innen der »Grupa Granica« leisten wichtige, direkte Unterstützung für Menschen, die an der polnisch-belarussischen Grenze quasi gefangen sind. An der Gesamtsituation können sie allerdings nichts ändern. »Green Border« zeigt die brutale Realität an Europas Außen Grenzen. Was dem Film fehlt, ist die Frage nach strukturellen politischen Lösungen, die über die Symptomlinderung hinaus gehen. Einzelne Schicksale werden jedoch vielschichtig und packend dargestellt und es ist nötig, sie immer wieder zu zeigen, damit wir in Zentraleuropa nicht die Augen davor verschließen, was sich an unseren Grenzen abspielt.

Lena studiert Erziehungswissenschaften und Slavistik in Mainz und ist seit einem Jahr beim SDS aktiv.

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND
WAS WIR MACHEN



Mach mit
beim SDS!

Die Linke.SDS ist der größte sozialistische Studierendenverband Deutschlands. Wir sind an über 60 Hochschulen bundesweit organisiert und laden Dich herzlich ein, mit uns gemeinsam die Hochschulen und die Welt zu verändern!

Diese wird immer ungerechter und die Klimakrise bedroht uns mittlerweile auch in Deutschland ganz akut – der Kapitalismus kann als System nur versagen. Die Inflation hat die soziale Lage von Studierenden verschärft und treibt immer mehr von uns an die Armutsgrenze. Politiker*innen geben uns Energiespartipps, gleichzeitig machen sich die Konzerne ihre Taschen mit Profiten voll. Während wir mit Arbeitnehmer*innen für höhere Löhne streiken, fordern Arbeitgeber*innen die Beschränkung dieses Grundrechtes. Und als gäbe es keine drängenderen Probleme, macht die Bundesregierung mal eben 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Aufrüstung locker, während uns erzählt wird, für Bildung, Verkehrswende und Soziales sei kein Geld da.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen und entwickeln Ideen für eine bessere Zukunft. Die Veränderung muss im Hier und Jetzt beginnen – wir brauchen einen System Change, um ein ökologisches und soziales Desaster zu verhindern. Darum organisieren wir Aktionen und Proteste, unterstützen Streiks und Arbeitskämpfe, bilden und vernetzen uns.

Eine solidarische Gesellschaft können wir nur gemeinsam erkämpfen. Dafür braucht es eine starke sozialistische Stimme an den Hochschulen, in der Gesellschaft und vor allem braucht es jede und jeden Einzelne*n. Schau' gerne auf unserer Homepage vorbei, folg' uns auf Social Media, komm' zu einem der Plena unserer Lokalgruppen und mach mit. Wir freuen uns auf Dich!

INSTAGRAM:

@dielinke.sds

@critica.zeitung

TWITTER:

@linkesds

@critica_zeitung

WEBSITE:

www.linke-sds.org

www.critica-zeitung.de

SO ERREICHST DU UNS:

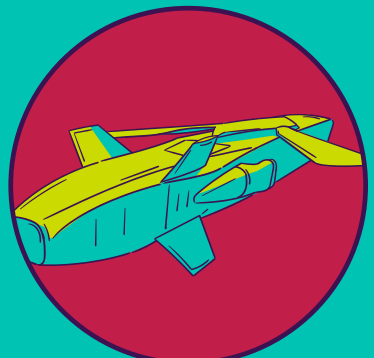
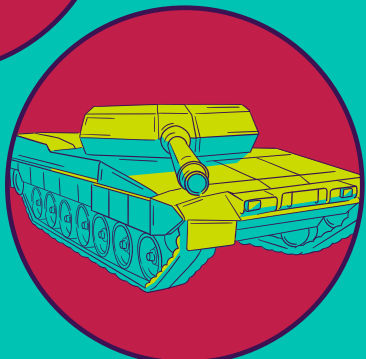
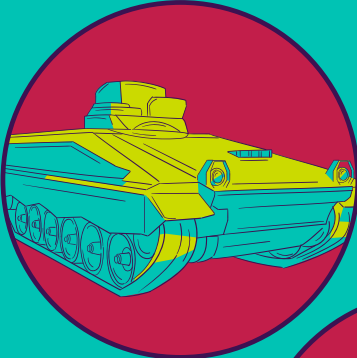
INFO@LINKE-SDS.ORG

030/24009134

EUROPOLY



Jetzt neu!
Europaedition



mit neuen
Spielfiguren!

Versorgungswerk
Frontex Bootwerft

Ereignisfeld

Dein Land wird von
EU-Sparmaßnahmen
Zahle 200 Euro
Austeritätsgebühr.

EUROPOLY

Du hast dich bei einer
Seenotrettungsorganisation
engagiert. Gehe ins Gefängnis.

LOS

EU-Gipfel:
Du wirst von einem
Lobbyisten bestochen.
Erhalte 200 Euro.